



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 5

Mai 1986

- Aufsätze: Volkszählung 1987
 Kommunalwahl 1986 (Teil 1)
- Kurzberichte: Bruttoinlandsprodukt 1985
 Hochschulprüfungen
 Lehrernachwuchs

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Februar 1986		Januar bis Februar 1986	
Beschäftigte	1 000	165	+ 0,4	165	+ 0,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	- 1,0	16	- 1,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	487	+ 5,1	502	+ 5,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 712	+ 0,1	2 836	+ 3,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 136	+ 4,3	2 203	+ 3,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	577	- 13,0	633	+ 1,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 594	- 1,5	1 592	+ 1,5
aus dem Inland	Mill. DM	1 061	- 6,9	1 057	- 0,6
aus dem Ausland	Mill. DM	533	+ 11,5	536	+ 5,8
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	36	- 5,4	37	- 5,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	2	+ 1,8	2	+ 22,5
Lohn- und Gehaltssumme ³	Mill. DM	52	+ 3,3	59	+ 14,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	148	+ 26,5	145	+ 9,7
Auftragseingang ⁴	Mill. DM	164	+ 32,7	134	+ 14,2
Baugenehmigungen ⁵					
Wohnbau	Wohnungen	536	- 39,1	533	- 17,5
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	225	- 31,8	230	- 15,8
Einzelhandel					
		Januar 1986		Januar bis Dezember 1985	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	101,9	+ 1,7	111,5	+ 1,5
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	74,2	+ 8,2	107,5	+ 0,9
Fremdenverkehr ⁶					
Ankünfte	1 000	83	+ 8,0	245	+ 3,8
Übernachtungen	1 000	335	+ 8,9	1 360	- 0,0
Arbeitsmarkt					
		Februar 1986		Januar bis Februar 1986	
Arbeitslose	Anzahl	136 948	+ 2,3	136 747	+ 2,7
Außenhandel					
		Januar 1986		Januar bis Dezember 1985	
Ausfuhr	Mill. DM	927,2	+ 11,7	836,1	- 0,5
Kredite ⁷					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 752	+ 4,6	9 667	+ 2,4
mittel- und langfristige Kredite ⁸	Mill. DM	45 430	+ 6,7	43 429	+ 5,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Ab Januar 1986 lohnsteuerpflichtige Bruttobezüge, daher Veränderungsdaten mit eingeschränktem Aussagewert

4) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

5) Nur Errichtung neuer Gebäude

6) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

7) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

8) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 5/86

	Seite
Aktuelle Auslese	103
Aufsätze	
Volkszählung 1987	
— in einem Jahr ist es soweit	104
Kommunalwahl 1986	
Teil 1: Kreisergebnisse	106
Kurzberichte	
Bruttoinlandsprodukt 1985	117
Hochschulprüfungen, Habilitationen	118
Lehrernachwuchs an den Seminaren	120
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen ... Beilage	
Entwicklung im Bild A	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 11/12-1985**
 Rinderhaltung
 Bodennutzung 1985
 Ernte 1985
- Heft 1/1986**
 Krankenhauspatientenstatistik
 Schulstatistik 1985/86
- Heft 2/1986**
 Staatsverbrauch
 Vermögensbildung der Haushalte
 Studenten WS 85/86
 Viehbestände
- Heft 3/1986**
 Bienenhaltung
 Güterverkehr
 Baugeräte
- Heft 4/1986**
 Schleswig-Holstein im Jahre 1985

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gesundheitswesen	
Krankenhauspatientenstatistik	1/4
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1985/86	1/17
Studenten WS 85/86	2/37
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Viehbestände	2/38
Bienenhaltung	3/44
Produzierendes Gewerbe	
Baugeräte	3/58
Verkehr	
Güterverkehr	3/52
Versorgung und Verbrauch	
Vermögensbildung der Haushalte	2/32
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	
Staatsverbrauch	2/24
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1985	4/63



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 5

Mai 1986

Aktuelle Auslese

Aufstockung des Schweinebestandes



Nach dem vorläufigen Ergebnis der repräsentativen Viehzwischenzählung wurden am 3. April 1986 in Schleswig-Holstein 1,78 Mill. Schweine gehalten, 2 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Sauen nahm in Jahresfrist um 1 % auf 194 000 Tiere zu, von denen 130 000 (+ 3 %) trächtig waren. Während die Zahl der Altsauen annähernd dem Bestand vom April 1985 und 1984 entsprach, stieg der Jungsauenbestand in Jahresfrist um 8 % an. Die Zahl der Ferkel und Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig. Dagegen nahm der Bestand an Mastschweinen ab 50 kg Lebendgewicht um 6 % auf 597 000 Tiere zu.

Lehrernachwuchs-Ausbildung weiter rückläufig



An den Seminaren des Landesinstituts für Praxis und Theorie der Schule (IPTs) bereiteten sich am 31. Januar 1986 1 799 Anwärter und Referendare auf das Zweite Staatsexamen vor. Das sind 82 Seminarteilnehmer oder 4 % weniger als 1985.

Wie im Vorjahr wurde die Laufbahn des Grund- und Hauptschullehrers bevorzugt: 596 oder 33 % aller Seminarteilnehmer entschieden sich für dieses Lehramt. 450 (25 %) Kandidaten wählten die Laufbahn der Studien-

räte an Gymnasien, und 425 (24 %) der zukünftigen Lehrer entschieden sich für das Lehramt an Realschulen.

Nur das Seminar für die Ausbildung der Studienräte und Fachlehrer an berufsbildenden Schulen konnte mit 192 (11 %) Kandidaten 1986 erneut einen leichten Anstieg der Teilnehmer verzeichnen. Für das Lehramt an Sonderschulen entschieden sich nur noch 136 (8 %) Personen.

Aufwendungen für Sozialhilfe weiter gestiegen



Nach dem vorläufigen Ergebnis sind die Aufwendungen für Sozialhilfe 1985 gegenüber 1984 um 8,2 % gestiegen. Die Sozialhilfeträger im Lande haben 1 004 Millionen DM für Sozialhilfe ausgegeben, wovon 593 Mill. DM in Einrichtungen gewährt wurden, also 59 %. Die Hilfe zum Lebensunterhalt beanspruchte mit 391 Mill. DM 38,9 % aller Ausgaben. Dieser Anteil ist seit 1981 (32,9 %) ständig gestiegen, im Berichtsjahr steiler als zuvor. Deshalb war der Zuwachs des Aufwandes bei der Hilfe zum Lebensunterhalt von 1984 auf 1985 auch größer (+ 18,4 %) als bei den Sozialhilfeausgaben insgesamt (+ 8,2 %). Demgegenüber nahmen der Aufwand der Eingliederungshilfe für Behinderte mit + 7,4 % und für Hilfe zur Pflege mit + 1,0 % nur unterdurchschnittlich zu. Alle übrigen Hilfearten beanspruchten nur 5,5 % des gesamten Volumens und weisen keine auffallenden Veränderungen auf.

Volkszählung 1987 — in einem Jahr ist es so weit

Volkszählung 1987 — 10 Minuten, die allen helfen.

Unter diesem Motto haben Bund und Länder seit Ende letzten Jahres mit der Information der Bevölkerung über die Volkszählung 1987 begonnen. In genau einem Jahr ist es nun so weit. Um den 25. Mai 1987 herum werden rd. 25 000 ehrenamtlich tätige Zähler die Fragebogen in Stadt und Land an unsere Mitbürger verteilen und dort, wo es gewünscht wird, beim Ausfüllen behilflich sein und die Bogen wieder einsammeln. In rd. 220 organisatorisch, räumlich und personell von der übrigen Verwaltung getrennten Erhebungsstellen bei den Ämtern und amtsfreien Gemeinden wird dafür gesorgt, daß jeder Winkel unseres Landes berücksichtigt wird. Denn: Nur wenn die Daten vollständig zusammenkommen, kann das Statistische Landesamt anschließend zutreffende Statistiken über die Bevölkerung und Wirtschaft unseres Landes sowie seiner Kreise und Gemeinden erarbeiten. Aus dem gleichen Grunde ist es auch wichtig, daß sich jeder Bürger an der Erhebung beteiligt, damit nicht die Mitarbeit vieler durch einige wenige entwertet wird. Aus eben diesem Grunde besteht gesetzlich Auskunftspflicht.

Seit der letzten Volkszählung sind 16 Jahre vergangen. Die Daten von damals sind durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung heute so veraltet, daß wir über wichtige Grundsachverhalte nicht mehr mit genügender Sicherheit informiert sind und damit Gefahr laufen, von falschen Entscheidungsgrundlagen auszugehen.

Wir wissen nicht einmal genau, wie viele Einwohner wir in der Bundesrepublik Deutschland sind. Die heutigen Einwohnerzahlen in unseren Dörfern und Städten werden durch „Fortschreibung“ ermittelt, indem die 1970 festgestellten Zahlen Monat für Monat um die Geborenen und Zugezogenen erhöht sowie um die Gestorbenen und Fortgezogenen vermindert werden. Von den auf diese Weise für 1985 ermittelten 61,3 Millionen Einwohnern stehen aber nach Schätzungen rund eine Million nur auf dem Papier. Der Grund sind vor allem Fehler bei Ummeldungen, die sich im Laufe der letzten 16 Jahre zu einer nicht mehr vertretbaren Größe aufsummiert haben.

Genaue Einwohnerzahlen gehören aber zu den wichtigsten Grunddaten eines gerechten und sozialen Staates. Z. B. bestimmt die Einwohnergröße einer Ge-

meinde zu wesentlichen Teilen ihre Einnahmen aus dem Finanzausgleich; heute ist davon auszugehen, daß etliche Gemeinden ungerechterweise mehr, andere dafür weniger Mittel erhalten, als ihnen zustehen. Auch die Wahlkreiseinteilung wird durch die Einwohnerzahlen bestimmt. Unzutreffende Einwohnerzahlen bewirken hier einen ungerechten Wahlkreischnitt.

Ebenso wichtig ist es aber auch, Kenntnisse über die Altersstruktur der Bevölkerung zu besitzen. Unsere Rentenfinanzierung und -vorausplanung ist zuallererst auf exakte Kenntnisse des Altersaufbaus unserer Bevölkerung angewiesen. Auch für die Arbeitsmarktpolitik sind genaue Zahlen erforderlich. Es gibt derzeit zwar jeden Monat neue Zahlen über Arbeitslose, nicht aber hinreichend zuverlässige Größen über die Gesamtheit aller Beschäftigten einschließlich der Selbständigen. U. a. deswegen ist die Arbeitsstättenzählung ein unverzichtbarer Bestandteil des gesamten Zählungswerkes. Viele für Regionalberechnungen notwendige Grunddaten stammen aus der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 und damit aus einer Zeit gänzlich anderer wirtschaftlicher Gegebenheiten. Da sich aber viele Einflüsse örtlich sehr verschieden auswirken, werden dringend neue Regionaldaten gebraucht. Deshalb muß die Volkszählung alle Bürger erfassen, denn durch eine Stichprobe lassen sich derart räumlich gegliederte Ergebnisse nicht gewinnen.

Verlässliche Informationen über die Wohnungsversorgung sind zur Zeit gar nicht vorhanden. Es werden z. B. Zahlen über leerstehende Wohnungen veröffentlicht, die im Bundesgebiet von 200 000 bis zu 1 Million reichen. Diese Bandbreite läßt wohl eher auf Spekulation denn auf Wissen schließen. Für eine an den Realitäten orientierte Wohnungsbau- und -förderungspolitik ist dies ein untragbarer Zustand, und weitere Fragen schließen sich an: Ist der Wohnungsstandard den Bedürfnissen der Bevölkerung angemessen? Womit wird geheizt, und welche Maßnahmen zur Energieversorgung und -einsparung sowie zum Umweltschutz sind zu treffen? Fragen, auf die heute keine ausreichende Antwort gegeben werden kann, Fragen aber eines Politikbereiches, der jährlich Milliardenbeträge aus Steuermitteln zur Förderung investiert. Die Tatsache veralteter und damit unbrauchbarer Daten birgt die Gefahr falscher staatlicher Entscheidungen. Die hier nur an wenigen Beispielen erläuterten Informationsdefizite sollen mit der neuen Volkszählung beseitigt werden.

Das Volkszählungsgesetz vom 8. November 1985 trägt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit seinen Auflagen zum Datenschutz umfassend Rechnung. Insbesondere findet der 1983 beanstandete Melderegisterabgleich nicht statt. Hingewiesen sei weiter auf folgende, neue gesetzliche Vorschriften:

- Die Merkmale, über die der Bürger Auskunft geben soll, werden in Erhebungs- und Hilfsmerkmale unterschieden. Die Erhebungsmerkmale sind es, um die es den Statistikern einzig geht. Nur die Erhebungsmerkmale dürfen weiterverarbeitet werden. Dagegen dienen die Hilfsmerkmale, vor allem Namen und Adressen, lediglich der ordnungsgemäßen technischen Abwicklung der Datenerhebung und zur richtigen regionalen Zuordnung. Sie werden auf einem gesonderten Haushaltsmantelbogen erfaßt, der aber unmittelbar nach Durchführung der Eingangskontrolle von dem eigentlichen Erhebungsbogen getrennt wird. Im Gesetz ist umfassend geregelt, wann die Hilfsmerkmale getrennt, gelöscht und vernichtet werden müssen.
- Für die Durchführung der Zählung werden bei den Gemeinden bzw. Ämtern Erhebungsstellen errichtet, die räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen sind. Das hier tätige Personal ist schriftlich zur Geheimhaltung zu verpflichten.
- Die für die Zählung tätigen ehrenamtlichen Zähler dürfen nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrer Wohnung eingesetzt werden. Personen, die durch ihren Beruf in einen Interessenkonflikt geraten können, dürfen nicht Zähler sein. Auch die Zähler sind schriftlich zur Geheimhaltung zu verpflichten. Sie dürfen Wohnungen nur mit Zustimmung der Mieter oder Eigentümer betreten.
- Jedes volljährige Mitglied eines Haushaltes kann wählen, ob es die Fragen für sich allein oder gemein-

- sam mit anderen Haushaltsmitgliedern beantworten will.
- Die Bürger können selbst entscheiden, ob sie die Unterstützung durch einen Zähler in Anspruch nehmen wollen oder ob sie den Fragebogen selbst ausfüllen und dem Zähler im verschlossenen Umschlag zurückgeben wollen. Sie können ihn auch direkt bei der Erhebungsstelle abgeben oder per Post portofrei dorthin übersenden.
- Einzelangaben dürfen nur noch an die für statistische Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Ämter weitergeleitet werden. Dies jedoch ohne Namen und Anschrift und auch nur für statistische Zwecke. Außerdem auch nur, wenn durch Landesgesetz sichergestellt ist, daß bei den statistischen Stellen der Gemeinden die gleichen Sicherheitsvorkehrungen zur Wahrung des Statistikgeheimnisses bestehen wie im Statistischen Landesamt. Entsprechende rechtliche Regelungen sind im Lande Schleswig-Holstein in Vorbereitung.
- Alle Bürger erhalten mit den Fragebogen eine Information über Zweck, Art und Umfang der Erhebung, die statistische Geheimhaltung, die Möglichkeiten der Datenübermittlung und -veröffentlichung und über die Rechte und Pflichten der Zähler.

Die Bürger Schleswig-Holsteins werden in den Monaten bis zur Zählung vielerlei Hinweise und Informationen über die Volkszählung 1987 erhalten. Ein besonderer Schwerpunkt wird es dabei sein, den Inhalt der Fragebogen bekannt zu machen. In der Mitte dieses Heftes sind die Fragebogenmuster vorgestellt. Das betreffende Blatt ist auch als Sonderdruck beim Statistischen Landesamt erhältlich.

Dr. Dieter Mohr

Kommunalwahl 1986

Teil 1: Kreisergebnisse

Wahlrecht

Bei einer Kommunalwahl gibt es zwei verschiedene Wahlen, nämlich die Kreiswahl und die Gemeindevahl. Unmittelbar wird das in den kreisangehörigen Gemeinden sichtbar. Dort findet eine sogenannte verbundene Wahl statt. Die Wahlberechtigten entscheiden gleichzeitig auf zwei verschiedenen Stimmzetteln über die Zusammensetzung ihrer Gemeindevertretung und ihres Kreistages. In den kreisfreien Städten wird dagegen nur eine Wahl, die Gemeindevahl, durchgeführt. Zur Darstellung eines Landesergebnisses wird die Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindevahl in den kreisfreien Städten verwendet. In den weiteren Ausführungen werden deshalb diese als eine Wahl dargestellt. Für alle Wahlen gilt ein einheitliches Wahlrecht. Zur diesjährigen Kommunalwahl fanden das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1985 (GVOBl. Schl.H. S. 146) und die Gemeinde- und Kreiswahlordnung (GKWO) vom 17. September 1985 (GVOBl. Schl.H. S. 279) Anwendung.

Das Kommunalwahlrecht ist gegenüber der letzten Wahl umfassend novelliert worden. Die Änderungen betreffen aber nicht die Grundsätze, sondern die praktische Durchführung der Wahl. Erwähnt sei hier die Vereinheitlichung der Terminologie für die Gliederung des Wahlgebietes (§ 15 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 GKWG). Danach wird die räumlich abgegrenzte Einheit, in der ein Direktbewerber (in Gemeinden gegebenenfalls mehrere) zu wählen ist, wie bei Bundes- und Landtagswahlen, Wahlkreis genannt (bisher Wahlbezirk) und seine Unterteilung Wahlbezirk (bisher Stimmbezirk). Neu ist auch der Verzicht auf Umschläge bei der Urnenwahl (§ 32 Abs. 1 GKWG). Er führt zu Kosteneinsparungen und vereinfacht die Arbeit der Wahlvorstände bei der Auszählung der Stimmzettel. Die durchweg guten Erfahrungen in anderen Bundesländern haben zu diesem Verzicht geführt. Durch entsprechendes Falten der Stimmzettel und die Verwendung von undurchsichtigem Papier bleibt das Wahlgeheimnis bei der Stimmabgabe gewahrt.

Bei dieser Kommunalwahl waren häufiger als sonst Nachwahlen erforderlich. Nachwahlen finden immer dann statt, wenn ein unmittelbarer Bewerber nach der Zulassung seines Wahlvorschlages und vor Beginn der

Wahl stirbt. Die Wahl ist dann in dem betroffenen Wahlkreis vom Wahlleiter abzusagen und um höchstens 6 Wochen zu verschieben (§ 27 Abs. 1 GKWG). Die Nachwahlen für die Kreistage der Kreise Herzogtum Lauenburg und Plön haben am 16. und 23. März 1986 stattgefunden. Deren Ergebnisse werden ebenso wie die Nachwahlen für die Gemeindevertretungen in mehreren Gemeinden in die nachfolgenden Ausführungen einbezogen.

Wahlvorschläge

Für die Wahl der Gemeinde- und Kreisvertretungen können Parteien im Sinne des Artikels 21 GG (politische Parteien), Wahlberechtigte, die sich zu einer Gruppe zusammenschließen (Wählergruppen), und einzelne Wahlberechtigte (Einzelbewerber) Wahlvorschläge einreichen. Die politischen Parteien und Wählergruppen können sowohl unmittelbare als auch Listenvertreter benennen, die Einzelbewerber können nur als unmittelbare Kandidaten auftreten. Die Wahlvorschläge sind innerhalb einer bestimmten Frist beim zuständigen Wahlleiter (Gemeindevahlleiter, Kreiswahlleiter) einzureichen. Der jeweilige Wahlausschuß entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge. Für die Zulassung sind neben der Einhaltung des Einreichungstermins verschiedene Voraussetzungen zwingend vorgeschrieben. So muß der vorgeschlagene Bewerber seine schriftliche Zustimmung zur Aufstellung gegeben haben. Gehört er einer politischen Partei oder einer Wählergruppe an, so müssen diese und er selbst schriftlich bestätigen, daß er Mitglied dieser Vereinigung ist. Außerdem muß er in geheimer, schriftlicher Abstimmung von den wahlberechtigten Mitgliedern oder Delegierten dieser Vereinigungen gewählt worden sein. Wird der Wahlvorschlag von einer Partei eingereicht, die mit mindestens einem für sie im Lande Schleswig-Holstein aufgestellten und gewählten Vertreter im Deutschen Bundestag, im Schleswig-Holsteinischen Landtag, in der Vertretung des Wahlgebietes oder bei Gemeindevahlen in der Vertretung des Kreises vertreten ist, so genügt es, wenn der Wahlvorschlag von der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung unterzeichnet wird. Sonst muß zusätzlich eine bestimmte Anzahl von Wahlberechtigten den Wahlvorschlag durch Unterschrift unterstützen. Darüber hinaus müssen insbesondere die Satzung und das Programm der politi-

schen Parteien und Wählergruppen vorliegen. Für überregionale Parteien und Wählergruppen ist es dabei nicht erforderlich, daß dies in jedem Kreis oder jeder Gemeinde geschieht, in der sie auftreten. Es genügt vielmehr, die Unterlagen beim Innenminister einzureichen, der sie als für das gesamte Land maßgebend bekanntmacht.

Weist der Wahlausschuß einen Wahlvorschlag ganz oder teilweise zurück, so können der Vertrauensmann des Wahlvorschlages und der Wahlleiter dagegen Einspruch erheben. Der Wahlleiter kann dies auch gegen die Zulassung eines Wahlvorschlages tun. Über die Beschwerde entscheidet der nächsthöhere Wahlausschuß: bei Wahlvorschlägen in kreisangehörigen Gemeinden der Kreiswahlausschuß, bei Wahlvorschlägen in kreisfreien Städten und Kreisen der Landeswahlausschuß. Die Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig. Den Betroffenen bleibt jedoch die Möglichkeit, die Wahl im Wahlprüfungsverfahren anzufechten.

Die Reihenfolge der Parteien auf den Stimmzetteln ist auch bei den Kommunalwahlen gesetzlich festgelegt, obwohl die Stimmzettel in den einzelnen Gemeinden recht unterschiedlich aussehen. Die Reihenfolge ergibt sich aus zwei Kriterien: Alle Parteien, die bei der letzten Landtagswahl aufgetreten sind, erhalten ihrer Stimmenzahl entsprechend eine fortlaufende Nummer, die übrigen Parteien und Wählergruppen schließen sich in der alphabetischen Reihenfolge ihres Namens an; am Schluß folgen die parteilosen Einzelbewerber in der alphabetischen Reihenfolge ihres Familiennamens. Da bei der letzten Landtagswahl zehn Parteien aufgetreten sind, sind die Nummern 1 bis 10 für alle Wahlgebiete einheitlich festgelegt. Beteiligen sich eine oder mehrere dieser Parteien in einer Gemeinde oder einem Kreis nicht an der Wahl, so ist die Nummer auszulassen. Tritt also in einer Gemeinde nur eine Wählergruppe an, so erhält sie die Nummer 11. Die Reihenfolge der zehn Parteien lautet wie folgt:

- 1 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
- 2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- 3 DIE GRÜNEN (GRÜNE)
- 4 Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
- 5 Südschleswigscher Wählerverband (SSW)
- 6 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- 7 Demokratische Grüne Listen (Grüne Demokraten)
- 8 FRAUENPARTEI (FRAUEN)
- 9 LINKE LISTE Schleswig-Holstein (LLSH)
- 10 FREISOZIALE UNION - Demokratische Mitte (FSU)

Da sich Grüne Demokraten, FRAUEN, LLSH und FSU nicht an der Kommunalwahl beteiligten, sind die Nummern 7 bis 10 auf keinem Stimmzettel erschienen.

Zu den oben erwähnten sechs Parteien kam bei der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den Kreisen noch die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) hinzu, so daß insgesamt sieben Parteien antraten. Zusätzlich kandidierten neun Wählergruppen und ein Einzelbewerber. Die vier im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, F.D.P. und GRÜNE bewarben sich in allen Wahlkreisen der kreisfreien Städte und Kreise. Der SSW hatte traditionsgemäß nur in Flensburg, Kiel, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg Kandidaten aufgestellt. Die DKP trat in Neumünster und in Nordfriesland nicht an, und in Ostholstein bewarb sie sich nur mit einem Direktkandidaten. Die ÖDP konnte nur in Ostholstein gewählt werden. Die unterschiedlichen Wählergruppen bewarben sich in Lübeck, Neumünster, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg und Steinburg in allen Wahlkreisen und in Kiel, Ostholstein, Plön und Rendsburg-Eckernförde nur mit einem Direktbewerber. Der einzige Einzelbewerber trat in Flensburg auf. Es sind insgesamt 2 586 Bewerber zur Wahl zugelassen worden. Von ihnen waren 2 054 als Direktkandidaten in Wahlkreisen und 1 970 auf der Liste ihrer Partei oder Wählergruppe aufgestellt. Für beide gleichzeitig wurden 1 438 oder gut die Hälfte der Bewerber nominiert. Bezogen auf die unmittelbaren Bewerber wurden sieben Zehntel von ihnen durch einen Listenplatz abgesichert, 1982 sind es zwei Drittel gewesen.

Die größte Zahl von Bewerbern stellte wie 1982 die CDU mit 682 auf. Die SPD nominierte 593 Bewerber, die GRÜNEN 430, die F.D.P. 425, der SSW 99, die DKP 192, die ÖDP 27 und die Wählergruppen 137.

Wahlberechtigte und Wähler

Zur Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden und der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten waren über zwei Millionen Personen wahlberechtigt. Ihre Zahl hat sich gegenüber der letzten Kommunalwahl um gut 70 000 oder 3,6 % erhöht. Das ist jedoch nicht auf eine Zunahme der Wohnbevölkerung zurückzuführen, diese hat vielmehr zwischen 1982 und 1986 abgenommen, sondern auf das Hereinwachsen von geburtenstarken Jahrgängen in das Wahlalter. Diese Jahrgänge, die etwa 150 000 oder 7 % aller Wahlberechtigten stellen, haben das Gesamtminus mehr als wettgemacht. In den Kreisen (+ 4,6 %) war der Zuwachs erwartungsgemäß größer als in den kreisfreien Städten (+ 0,8 %). Am

kräftigsten stieg die Zahl der Wahlberechtigten in den Kreisen Segeberg mit 6,9 % und Stormarn mit 6,4 %, während sie in Kiel (+ 0,4 %) und Lübeck (+ 0,1 %) fast unverändert blieb.

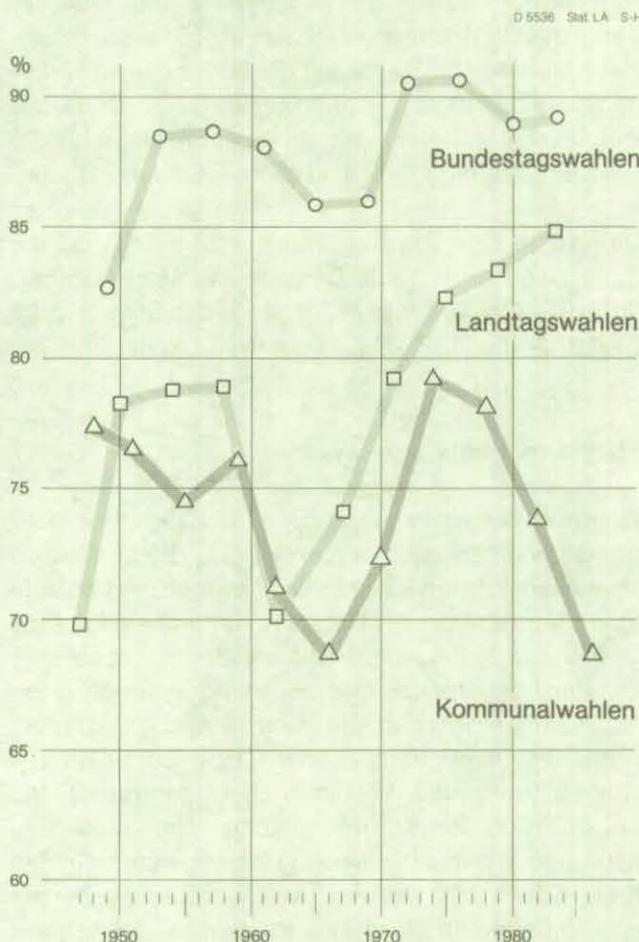
Fast ein Viertel der Einwohner besaßen nicht das aktive Wahlrecht, weil sie noch nicht 18 Jahre alt waren, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht hatten, noch nicht drei Monate im Wahlgebiet wohnten oder aus anderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Zieht ein Wahlberechtigter innerhalb eines Kreises um, so bleibt er zur Kreiswahl wahlberechtigt, zur Gemeindevahl in seiner neuen Gemeinde wird er es aber erst nach Ablauf von drei Monaten.

Die Wahlbeteiligung ist — wenn man von den Europawahlen absieht — nur einmal bei einer Wahl in Schleswig-Holstein, nämlich zur Kommunalwahl 1966, so niedrig gewesen wie dieses Jahr. Knapp 1,4 Millionen oder 68,7 % der Wahlberechtigten haben ihr Wahlrecht wahrgenommen. Vor vier Jahren sind es

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl- berechtigte 1986	Wahlbeteiligung in %	
		1986	dagegen 1982
FLENSBURG	68 380	63,6	70,3
KIEL	182 443	60,8	68,3
LÜBECK	170 336	61,6	68,9
NEUMÜNSTER	63 941	64,0	68,3
Kreisfreie Städte	485 100	61,9	68,8
Dithmarschen	103 124	72,9	76,7
Hzgt. Lauenburg	121 507	72,0	76,2
Nordfriesland	122 364	69,2	73,8
Ostholstein	146 029	71,1	76,8
Pinneberg	201 854	69,1	74,5
Plön	92 559	74,0	79,4
Rendsburg-Eckernförde	190 246	72,5	77,0
Schleswig-Flensburg	135 505	72,5	77,2
Segeberg	161 482	66,6	71,3
Steinburg	100 907	70,2	75,3
Stormarn	151 137	71,1	74,7
Kreise	1 526 714	70,8	75,5
Schleswig-Holstein	2 011 814	68,7	73,8

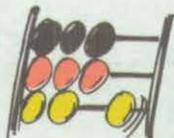
Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein



dagegen 73,8 % und 1978 sogar 78,3 % gewesen. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Wahlinteresse bei Kommunalwahlen, anders als bei Bundes- und Landtagswahlen, nie die 80 %-Linie überschritten hat, sollte man nicht übersehen, daß die Nichtwähler dieses Mal ein Potential von über 630 000 Stimmen stellten. Das sind mehr, als die stärkste Partei, die CDU, erhalten hat.

Die Wahlbeteiligung war wie bisher in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Der Abstand ist sogar noch größer geworden, da sie in den Kreisen um 4,7 Prozentpunkte zurückging und in den kreisfreien Städten um 6,9 Punkte. An der Spitze der Wahlbeteiligungsskala liegt abermals der Kreis Plön mit 74,0 %, obwohl hier in einem Wahlkreis eine Nachwahl stattfand, bei der die Wahlbeteiligung entsprechend gering war. Mit deutlichem Abstand (72,9 %) folgt der Kreis Dithmarschen, der 1982 an fünfter Stelle gelegen hatte. Am Ende der Skala steht wie üblich die Landeshauptstadt Kiel mit 60,8 %, und den vorletzten Platz nimmt die Hansestadt Lübeck mit 61,6 % ein. In diesen beiden Städten war darüber hinaus der Rückgang gegenüber 1982 mit 7,5 und 7,3 Prozentpunkten am größten. Am geringsten war er in Stormarn mit 3,6 Punkten.

Von den Wählern gaben 106 000 oder 7,7 % ihre Stimme mittels Wahlschein ab. Gut 100 000 von ihnen



Seit dem 8. November 1985 ist die Volkszählung am 25. Mai 1987 beschlossene Sache – von der Bundesregierung und allen Länderregierungen, von CDU/CSU, SPD und F.D.P. „Die Ergebnisse der Zählungen bilden Grundlagen für politische Entscheidungen in Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden auf den Gebieten Wirtschaft und Soziales, Wohnungswirtschaft, Raumordnung, Verkehr, Umwelt sowie Arbeitsmarkt und Bildungswesen.“ So steht es in § 1 des Volkszählungsgesetzes.

Wir alle gestalten durch unser tägliches Handeln unsere Lebensverhältnisse – zu Hause, am Arbeitsplatz, in unserer Umwelt. Zugleich bilden wir alle diesen Staat, von dem wir gerechte, soziale und menschliche Rahmenbedingungen erwarten. Daran wirken viele von uns in mancherlei Weise mit – in Vereinen und Verbänden, Parteien und Gewerkschaften, Ämtern und Gemeinden, Verwaltungen und Parlamenten. Wer dort richtig handeln will, muß einiges über uns, das Volk, wissen:

- Wie viele, Deutsche und Ausländer, in Gemeinden, Kreisen und Ländern, sind wir wirklich?
- Wie setzt sich die Bevölkerung nach dem Alter zusammen, in welchen Berufen sind wie viele tätig und welchen Ausbildungsstand haben sie?
- Wie viele Wohnungen stehen leer und wo ist preiswerter Raum besonders knapp?
- Womit wird hierzulande geheizt, und was bedeutet das für Energieversorgung und Umweltbelastung?

Auf diese und viele weitere Fragen sollen die Volkszählungsergebnisse Antworten geben, für Dörfer, Städte und Stadtteile, und dafür benötigen wir eine Vollerhebung, von der wir – soll sie zuverlässig sein – niemanden ausnehmen können. Für Land und Bund würden Stichproben weitgehend ausreichen.

Wußten Sie übrigens, daß die amtlich registrierte Einwohnerzahl der Bundesrepublik wahrscheinlich um eine Million oder mehr überhöht ist? Auch die örtlichen Zahlen sind damit höchst unsicher; das betrifft auch die Arbeitslosenquoten. Die Schätzungen der Zahl leerstehender Wohnungen schwanken zwischen 200 000 und 1 Million.

Nun sind einige Mitbürger in Sorge, daß ihre Daten in unrechte Hände gelangen könnten. So ernst wir diese Sorge nehmen – sie ist unbegründet. Anders als sonst in der öffentlichen Verwaltung oder bei Banken, Krankenkassen usw. gebraucht die Statistik die persönlichen Daten nicht, um etwas über den einzelnen Bürger zu veranlassen. Im Gegenteil: das Ziel ist gerade eine entpersönlichte Aussage, denn Statistik ist die Beobachtung von Massenerscheinungen. Doch ohne die Angaben der vielen Einzelnen kann das Gesamtbild nicht entstehen. Der Name wird nur gebraucht, um bei unvollständigen Angaben rückfragen zu können und um säumige Bürger zur Abgabe ihrer Erhebungspapiere zu veranlassen. Sobald alle Bogen im Statistischen Landesamt vorliegen, werden die Namen von den Angaben getrennt, und selbst die Bearbeiter dort sehen dann nicht mehr, zu wem welche Angaben gehören. Die nächsten Seiten zeigen: im gesonderten „Haushaltsmantelbogen“ stehen Namen, aber keine Angaben – im „Personenbogen“ und „Wohnungsbogen“ stehen Angaben, aber keine Namen. Lediglich eine Nummer ermöglicht noch die Verbindung, bis alle Daten richtig aufgenommen sind. Danach werden diese Nummern unwiederbringlich gelöscht und die Haushaltsmantelbogen mit den Namen vernichtet. So steht es auch im Gesetz!

Die einzig verbleibenden, namenlosen Angaben werden im Statistischen Landesamt, das nach außen streng abgeschottet ist, allein zu statistischen Ergebnissen verarbeitet. Dafür sorgen sorgfältig ausgewählte, zur Verschwiegenheit verpflichtete Bearbeiter, und darüber wachen die unabhängigen Datenschutzbeauftragten.

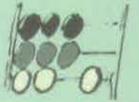
Übrigens: Aufregung über Fragen nach der Höhe des Einkommens oder Vermögens ist fehl am Platze. Solche Fragen gibt es nicht. *Sehen Sie nach!*

Auf den nächsten Seiten finden Sie die Fragebogen zur Volkszählung '87

Wenn Sie Fragen zur Volkszählung haben, schreiben Sie oder rufen Sie uns an:

**Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Fröbelstr. 15-17, 2300 Kiel 1,
Tel. (0431) 6895-1**

VOLKSZÄHLUNG 1987



Haushaltsmantelbogen

Der Haushaltsmantelbogen mit seinen Angaben dient allein zur Organisation der Zählung. Ihr Name wird nicht auf elektronischen Datenträgern gespeichert. Er dient lediglich dazu, die Vollständigkeit der Erhebung zu gewährleisten. Mit Stichtag **25. Mai 1987** findet nach 17 Jahren wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt. Die **Rechtsgrundlage** hierfür ist das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 289).

Wichtig! Für jeden Haushalt muß ein gesonderter Haushaltsmantelbogen angelegt werden.

Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.

Tragen Sie bitte Ihre Anschrift, Familien-, Vornamen aller Haushaltsmitglieder und die Heft-Nummer Ihres Haushaltsheftes (das ist die Nummer rechts oben auf dem Wohnungs- und Personenbogen) in den Haushaltsmantelbogen ein. In die Bemerkungsspalte können Sie eigene Hinweise, z. B. Postversand, eintragen.

Um Ihnen das Ausfüllen der Erhebungsvordrucke zu erleichtern, enthält dieser Bogen hierzu einige allgemeine Hinweise und Erläuterungen zum Wohnungsbogen und zum Personenbogen.

Falls Sie noch Fragen haben, z. B. über die Notwendigkeit der Zählung, das Statistikgeheimnis, die Aufgaben des Zählers, die Vernichtung der Erhebungsvordrucke, können Sie entsprechende Hinweise den »Informationen zur Volkszählung 1987« entnehmen.

Anschrift:

Gemeinde _____ Gemeindeteil _____

Straße _____ Haus-Nr. _____

Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um freiwillige Angabe der Telefonnummer.

Tel.-Nr. _____

Verzeichnis der Personen

(Bei 11 und mehr Personen im Haushalt bitte weiteren Haushaltsmantelbogen ausfüllen)

Lfd. Nr. der Person (siehe Personenbogen rechts oben)	Familienname, Vorname	Heft-Nummer	Bemerkungen
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			

VOLKSZÄHLUNG 1987

Personenbogen

Belegart 2 Heft-Nr. 54 338 274 Lfd. Nr. der Person 1

Name der Gemeinde:

Bitte so markieren

Rechtsgrundlage: Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) Stichtag: 25. Mai 1987

Muster 10/85

FÜR ALLE PERSONEN

1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

b) Geburtsmonat 1. Januar bis 24. Mai 25. Mai bis 31. Dez.

2 Geschlecht männlich weiblich

3 Familienstand ledig verheiratet verwitwet geschieden

4 Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft Römisch-katholische Kirche Evangelische Kirche Evangelische Freikirche Jüdische Religionsgesellschaft Islamische Religionsgemeinschaft andere Religionsgesellschaften keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig

5 Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? deutsch griechisch italienisch übrige EG-Staaten jugoslawisch türkisch sonstige/keine

6 Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt? nein ja
Falls ja:

a) Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben: Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie? nein ja

b) Für alle übrigen Personen: Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung? nein ja

c) Außerdem für Erwerbstätige, Schüler/Studenten: Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule? nein ja

7 Sind Sie erwerbstätig? Vollzeit (über 36 Std.²⁾ in der Woche Teilzeit (bis zu 36 Std.²⁾ in der Woche arbeitslos, arbeitssuchend nicht erwerbstätig

1) Auch Landwirt, mithelfender Familienangeh., Auszubildender, Soldat, Zivildienstleistender
2) Maßgebend ist die normalerweise in der Woche geleistete Arbeitszeit

Mehrfache Antworten möglich Hausfrau, Hausmann Schüler, Student

8 Leben Sie überwiegend von Erwerbs-, Berufstätigkeit Arbeitslosengeld, -hilfe Rente, Pension eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil Unterhalt, Zuwendungen durch Eltern, Ehegatten usw. sonstigen Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)

FÜR PERSONEN VON 15 BIS 65 JAHRE

Falls Sie einen Abschluß an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule/Hochschule haben:

9 Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie? Volksschule, Hauptschule Realschule/gleichwertiger Abschluß (z. B. Mittlere Reife) Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife

10 a) Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule (ohne Berufsschule) oder Hochschule haben Sie? Berufsfachschule (z. B. Handels-, Verwaltungsschule) Fachschule Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule) Hochschule (einschließlich Lehrerausbildung)

b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß?

11 Falls Sie eine praktische Berufsausbildung (z. B. Lehre) abgeschlossen haben:

a) Auf welchen Lehrberuf bezog sich diese Ausbildung?

b) Wie lange dauerte diese Ausbildung? Jahr(e):

FÜR ERWERBSTÄTIGE UND SCHÜLER/STUDENTEN

12 Bitte Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule angeben

Name:

Straße/Hausnummer:

PLZ Gemeinde:

13 Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich (längste Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule? kein Verkehrsmittel (zu Fuß) Fahrrad Pkw U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn Eisenbahn Bus, sonst. öffentl. Verkehrsmittel sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)

14 Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule? entfällt, da auf gleichem Grundstück unter 15 Minuten 15 bis unter 30 Minuten 30 bis unter 45 Minuten 45 bis unter 60 Minuten 60 Minuten und mehr

FÜR ERWERBSTÄTIGE

15 Sind Sie zur Zeit tätig als Facharbeiter sonstiger Arbeiter Angestellter Auszubildender Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstl. Selbständiger mit bezahlten Beschäftigten ohne bezahlte Beschäftigte mithelfender Familienangehöriger

16 Falls Sie eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben, handelt es sich um eine landwirtschaftliche nichtlandwirtschaftliche

17 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde) gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle), in dem Sie tätig sind?

18 Welche Tätigkeit, welchen Beruf üben Sie aus?

NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN:

Geburtsjahr (1 a) 2., 3. u. 4. Stelle	Hauptfachrichtung (10 b)	Erlernter Beruf (11 a)	Dauer (11 b)
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Arbeitsstätte, Schule/Hochschule (Pendler)
Land (12) Gemeinde (12) Straße (12) Hausnummer (12)

Wirtschaftszweig (17) Ausgeübte Tätigkeit (18)

* siehe Erläuterungen im Haushaltsmantelbogen

VOLKSZÄHLUNG 1987

Beteiligart

Heft-Nr.

1

54 338 274

Muster 10/85

Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben

Bitte so markieren

Name der Gemeinde:

Die Wohnung steht leer

Die Wohnung ist von Angehörigen ausländischer Streitkräfte, diplomatischer, berufskonsul. Vertretungen oder der Ständigen Vertretung der DDR privatrechtlich gemietet.

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) Stichtag: 25. Mai 1987

Wohnungsangaben

FÜR ALLE HAUSHALTE	1 Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als * a) Eigentümer, Miteigentümer oder Kaufanwärter b) Hauptmieter (einschließlich Altenteiler) c) Untermieter <i>Untermieter brauchen im Wohnungsbogen keine weiteren Fragen zu beantworten.</i>	
	2 Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung? * nein ja	
	3 Wann ist der Haushalt in diese Wohnung eingezogen? * Bitte das Einzugsjahr für das am längsten hier wohnende Haushaltsmitglied angeben.	vor 1970 1970-1974 1975-1979 1980-1984 1985 1986 1987
FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER	4 Sind innerhalb der Wohnung * Mehrfache Antworten möglich	Küche Kochnische Bad/Dusche WC
	5 a) Wird die Wohnung überwiegend beheizt mit * Fern-, Blockheizung Zentralheizung Etagenheizung Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Elektrospeicher)	
	b) Welcher Brennstoff, welche Wärmequelle wird verwendet? * Mehrfache Antworten möglich	Gas Heizöl Strom Kohle, Holz usw. Fernwärme Sonnenenergie, Wärmepumpe
FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER	6 Wie viele Räume der Wohnung haben mindestens 6 Quadratmeter? * (ohne Küche, Bad, WC, Flur)	1 → 4 → 7 → 2 → 5 → 8 → 3 → 6 → 9 → oder mehr
	Falls davon Räume untervermietet oder gewerblich genutzt sind: a) Anzahl der untervermieteten Räume b) Anzahl der gewerblich genutzten Räume	1 → 2 → 3 → oder mehr 1 → 2 → 3 → oder mehr
	7 Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung? * (einschließlich Küche, Bad, WC, Flur, Mansarden und ähnliches sowie untervermieteter oder gewerblich genutzter Räume in der Wohnung)	volle Quadratmeter []
FÜR HAUPTMIETER	8 Ist die Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert? * nein ja	
	9 Wie hoch ist die Monatsmiete? * Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausebeleuchtung, Schornsteinreinigung. Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorg., Garagenmiete, Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung.	volle DM []
	a) Handelt es sich um eine Dienst-, Werkswohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung? b) Ist die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos überlassen oder ist die Miete wegen finanzieller Vorleistungen (z. B. Mieterdarlehen) ermäßigt?	nein → ja → nein → ja →
FÜR LEERSTEHENDE WOHNUNGEN		
	11 Seit wie vielen Monaten steht die Wohnung leer?	bis 3 → 7-12 → 4-6 → 13 → oder mehr

Gebäudeangaben: Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Eigentümer oder Verwalter dieses Gebäudes sind!

1 Gebäudeart * Wohngebäude (Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt) sonstiges Gebäude mit Wohnraum bewohnte Unterkunft (z. B. Baracke)	vollst. → teilweise →
Außerdem bei Wohnheimen: Wird dieses Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt?	
2 Wer ist Eigentümer, Kaufanwärter bzw. Erbbauberechtigter des Gebäudes? * Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (nur bei Eigentumswohnungen) gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik freies Wohnungsunternehmen sonstiger Eigentümer	
3 Baujahr des Gebäudes * (Jahr der Bezugfertigung) Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus.	bis 1900 → 68 → 78 → 1901-18 → 69 → 79 → 1919-48 → 70 → 80 → 1949-57 → 71 → 81 → 1958-62 → 72 → 82 → 63 → 73 → 83 → 64 → 74 → 84 → 65 → 75 → 85 → 66 → 76 → 86 → 67 → 77 → 87 →
4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert? * (nur Erster Förderungsweg)	keine → alle → nur ein Teil →

NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN:

Fläche (7)

Miete (9)

Gebäude

0

* siehe Erläuterungen im Haushaltsmanteibogen

machten von der Briefwahl Gebrauch, und knapp 6 000 gaben ihren Wahlschein persönlich ab. Vor vier Jahren haben 7,5 % der Wähler mit Wahlschein gewählt. Ihr Anteil hat sich also nur unwesentlich erhöht.

Wie die Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen war und welche Altersgruppen am wenigsten zur Wahl gingen, wird in einem der folgenden Hefte dieser Zeitschrift beschrieben werden.

Verteilung der gültigen Stimmen

Wie eingangs erwähnt, werden in den kreisangehörigen Gemeinden mit zwei unterschiedlichen Stimmzetteln gleichzeitig die Kreis- und Gemeindevertreter gewählt. In den kreisfreien Städten wird dagegen nur eine Wahl durchgeführt. Um ein Landesergebnis erstellen zu können, werden in diesem Aufsatz die Kreiswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindevahlen in den kreisfreien Städten als eines betrachtet. Auch die Gemeindevahl in den kreisangehörigen Gemeinden wird in einem weiteren Aufsatz behandelt werden.

Die CDU ging zwar abermals als stärkste Partei aus den Kommunalwahlen hervor, sie mußte aber erhebliche Verluste gegenüber 1982 hinnehmen. Sie erhielt etwas mehr als 599 000 oder 44,2 % der gültigen Stimmen und verschlechterte sich um 5,9 Prozentpunkte. Ihre Stimmenzahl ging um fast 105 000 oder 15 % zurück. Hier muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Zahl der gültigen Stimmen insgesamt durch die niedrige Wahlbeteiligung um beinahe 49 000 oder 3,5 % gesunken ist. Die CDU hat nicht nur ihre absolute Mehrheit der Stimmen verloren, sondern auch ihren Vorsprung gegenüber der zweitstärksten Partei, der SPD, von 15,5 auf 3,9 Punkte verringert. In den letzten 25 Jahren ist der Vorsprung der CDU nur 1970 knapper gewesen (1,9 Punkte), und ihr Stimmenanteil war nur 1962 kleiner (42,3 %).

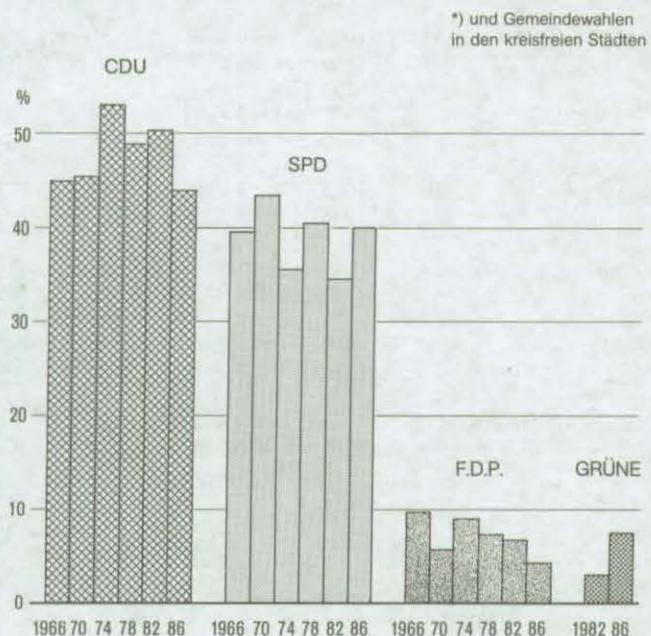
Die CDU mußte in allen kreisfreien Städten und Kreisen Stimmeneinbußen hinnehmen. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte verlor sie 6,7 Punkte und in den Kreisen 5,8 Punkte. Sie verlor dadurch in den Kreisen die absolute Mehrheit der Stimmen. Sie blieb aber in allen Kreisen stärkste Partei, ohne jedoch in einem die absolute Mehrheit zu erringen. Vor vier Jahren war das noch in neun Kreisen der Fall. Am günstigsten schnitt die CDU in Segeberg mit 48,8 % und in Rendsburg-Eckernförde mit 47,1 % ab. Unter den kreisfreien Städten büßte die CDU nicht nur insgesamt, sondern auch

in jeder kreisfreien Stadt die Mehrheit ein. Sie kam nur in Neumünster auf einen Stimmenanteil von über 40 %. Den höchsten Verlust mußte sie jedoch in Dithmarschen mit 10,9 Punkten hinnehmen, und der geringste trat in Flensburg mit 3,7 Punkten auf. Den größten Vorsprung gegenüber der SPD weist die CDU in Segeberg mit 13,1 Punkten (1982: 23,7) und in Schleswig-Flensburg mit 12,0 Punkten (1982: 23,6) auf, während er sich in Plön nur auf 3,6 Punkte (1982: 14,9) beläuft.

Die SPD hat ihren 1982 verlorenen Boden zurückerobert. Sie erhielt fast 547 000 oder 40,3 % der gültigen Stimmen und damit 61 000 Stimmen oder 5,7 Prozentpunkte mehr als 1982. In den letzten 25 Jahren hat die SPD nur 1970 (43,5 %) und 1978 (40,5 %) besser abgeschnitten. Die SPD konnte in allen kreisfreien Städten und Kreisen ihre Stimmenanteile erhöhen. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte gewann sie 6,8 Punkte und in den Kreisen 5,6 Punkte dazu. Sie überflügelte die CDU nicht nur in den kreisfreien Städten insgesamt, sondern auch in jeder einzelnen. In der Landeshauptstadt Kiel errang sie die absolute Mehrheit. Hier wandelte sich der Vorsprung der CDU von 2,7 Punkten in einen der SPD von 14,0 Punkten. Die größte Zunahme buchte sie jedoch in Neumünster mit 9,4 Punkten, während es in Kiel 9,2 Punkte gewesen sind. In allen Kreisen ist der Rückstand der SPD gegenüber der CDU geschmolzen.

D 5535 Stat. LA S-H

Stimmenanteile von CDU, SPD, F.D.P. und GRÜNE bei Kreiswahlen* seit 1966



Verteilung der gültigen Stimmen

KREISFREIE STADT		Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen in % auf						Wähler- gruppen	Übrige ¹
Kreis			Anzahl	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	SSW		
FLENSBURG	1982	46 747	37,0	28,5	2,8	4,9	22,4		4,4	
	1986	43 241	33,3	35,1	8,0	2,7	20,6		0,2	
KIEL	1982	123 028	44,1	41,4	5,1	5,1	0,1	3,8	0,5	
	1986	110 323	36,6	50,6	8,8	3,0	0,1	0,5	0,4	
LÜBECK	1982	116 123	46,8	40,6		5,5		3,3	3,8	
	1986	104 126	39,7	43,8	7,9	2,3		6,0	0,3	
NEUMÜNSTER	1982	42 185	47,4	39,5		4,8		7,8	0,4	
	1986	40 573	40,7	48,9	7,3	2,5		0,5		
Kreisfreie Städte	1982	328 083	44,5	39,0	2,3	5,2	3,2	3,6	2,2	
	1986	298 263	37,8	45,8	8,1	2,6	3,0	2,3	0,3	
Dithmarschen	1982	75 096	55,2	33,3	4,4	6,2		0,9		
	1986	73 507	44,3	36,6	4,2	3,6		11,2	0,0	
Hzgt. Lauenburg	1982	87 039	51,7	33,2		8,1		6,3	0,7	
	1986	85 677	46,4	38,5	8,4	6,5			0,2	
Nordfriesland	1982	85 373	50,0	30,1		7,3	5,7	6,8	0,0	
	1986	83 229	43,0	38,7	7,1	5,2	6,0			
Ostholstein	1982	103 995	50,6	36,5		7,1			5,8	
	1986	101 217	46,1	41,6	5,9	4,6		0,5	1,3	
Pinneberg	1982	140 282	49,5	34,7	6,4	8,5			0,9	
	1986	137 078	44,8	40,5	8,9	4,8			0,9	
Plön	1982	68 558	51,7	36,8		5,7		5,5	0,3	
	1986	67 137	46,2	42,6	6,9	3,9		0,2	0,2	
Rendsburg-Eckernförde	1982	137 418	52,7	34,3	4,8	6,9	1,1		0,2	
	1986	135 030	47,1	40,1	6,6	4,5	1,1	0,4	0,2	
Schleswig-Flensburg	1982	98 023	52,3	28,7	4,7	5,5	8,8		0,1	
	1986	96 287	45,6	33,6	5,5	3,2	8,2	4,0	0,0	
Segeberg	1982	105 458	54,4	30,7	5,0	9,6			0,3	
	1986	105 625	48,8	35,7	8,2	7,1			0,2	
Steinburg	1982	72 288	52,0	33,2		5,6		9,0	0,1	
	1986	69 109	46,7	40,5	5,5	3,6		3,6	0,1	
Stormarn	1982	103 829	51,0	33,3	6,4	8,7			0,6	
	1986	104 422	46,1	38,1	9,7	5,9			0,2	
Kreise	1982	1 077 359	51,8	33,2	3,3	7,4	1,4	2,1	0,9	
	1986	1 058 318	46,0	38,8	7,2	4,9	1,4	1,5	0,3	
Schleswig-Holstein	1982	1 405 442	50,1	34,6	3,1	6,8	1,8	2,4	1,2	
	1986	1 356 581	44,2	40,3	7,4	4,4	1,7	1,7	0,3	

¹ 1982: DKP, Grüne Liste Schleswig-Holstein, Bürgerpartei, FSU, Einzelbewerber
1986: DKP, ÖDP, Einzelbewerber

Die GRÜNEN, die 1982 noch getrennt als GRÜNE, Grüne Liste Schleswig-Holstein und in mehreren Wählergruppen auftraten, errangen 100 000 oder 7,4 % der gültigen Stimmen und wurden damit deutlich drittstärkste Partei. Ein Vergleich mit 1982 ist wegen der damaligen andersartigen Gruppierungen nicht möglich. Die GRÜNEN schnitten in den kreisfreien Städten (8,1 %) besser ab als in den Kreisen (7,2 %). Das höchste Ergebnis sprang für sie in Stormarn mit 9,7 % heraus und das niedrigste in Dithmarschen mit 4,2 %. Das ist gleichzeitig der einzige Kreis, in dem sie unter der 5%-Grenze blieben.

Die F.D.P. hat noch nie bei einer Kommunalwahl so schlecht abgeschnitten wie dieses Mal. Sie errang 60 000 oder 4,4 % der gültigen Stimmen und verschlechterte sich um fast 37 000 Stimmen oder 2,4 Prozentpunkte. Ihre Stimmenanteile gingen in allen kreisfreien Städten und Kreisen zurück. Sie übersprang nur noch im Hzgt. Lauenburg, in Nordfriesland, in Segeberg und in Stormarn die 5%-Grenze. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie in Segeberg mit 7,1 % (1982: 9,6 %) und ihr schlechtestes in Lübeck mit 2,3 % (1982: 5,5 %).

Der SSW mußte ebenfalls einen Stimmenrückgang hinnehmen. Seine Stimmenzahl verminderte sich um reichlich 2 000 auf gut 23 000, und sein Anteil macht nun 1,7 % anstelle von 1,8 % aus. Seine größten Anteile weist er nach wie vor in Flensburg (20,6 %) und in Schleswig-Flensburg (8,2 %) auf. Hier mußte er aber Verluste hinnehmen, während er sich in Nordfriesland sowohl absolut als auch relativ verbessern konnte.

Die Ergebnisse der Wählergruppen sind nicht mit denen von 1982 vergleichbar, weil es fast ausschließlich andere Gruppierungen sind. Sie erhielten insgesamt 23 000 oder 1,7 % der gültigen Stimmen. Es gelang nur der Freien Wählergemeinschaft Unabhängige Lübecker Bürger (6,0 %) und der Unabhängigen Wählergemeinschaft Dithmarschen (11,2 %), die 5%-Grenze zu überspringen.

Die übrigen Parteien (DKP und ÖDP) blieben insgesamt unter einem Anteil von 1 %. Die DKP schnitt am besten in Pinneberg mit 0,9 % ab, und die ÖDP, die nur in Ostholstein kandidierte, erhielt dort 1,3 %.

Gewählte Vertreter

Die Anzahl der zu wählenden Vertreter richtet sich nach der Größe der Gemeinde und des Kreises (§ 8 GKWG). Danach waren in den kreisfreien Städten und

in den Kreisen insgesamt 691 Vertreter zu wählen. Wie noch zu zeigen sein wird, werden aber 698 in die Vertretungen der Kreise und kreisfreien Städte einziehen.

Das bei der Kommunalwahl angewendete System ist eine Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich. Nach dem Wahlgesetz werden knapp sechs Zehntel der Vertreter unmittelbar durch Mehrheitswahl gewählt und die restlichen gut vier Zehntel aufgrund von Listenvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Für die Sitzverteilung ist jedoch letztlich die Verhältniswahl maßgebend, da jede Partei und Wählergruppe so viele Sitze bekommt, wie ihr nach ihrem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen. Auf diese Sitze werden jene angerechnet, die in Direktwahl in den Wahlkreisen errungen worden sind. Verbleiben dann noch Sitze, so werden diese aus der Liste besetzt. An diesem Verhältnisausgleich nehmen jedoch nur jene Parteien und Wählergruppen teil, die im Wahlgebiet (kreisfreie Stadt, Kreis) mindestens 5 % der gültigen Stimmen erhalten oder einen direkten Sitz errungen haben. Hat eine Partei oder Wählergruppe durch die Direktwahl mehr Sitze erreicht, als ihr nach dem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen, so verbleiben ihr die Mehrsitze. Es werden dann solange zusätzliche Sitze auf alle Parteien und Wählergruppen verteilt, bis der ursprüngliche Mehrsitz durch den verhältnismäßigen Stimmenanteil gedeckt ist. Dabei können die zusätzlichen Sitze entweder einer anderen Partei oder Wählergruppe zufallen als der, die den Mehrsitz errungen hat (weiterer Sitz), oder derselben Partei. Im letzteren Falle werden keine zusätzlichen Sitze verteilt, es gibt einen Vertreter mehr im Wahlgebiet, als ihm nach seiner Größe zusteht. Da es aber vorkommen kann, daß diese Regelung eine übermäßige Vergrößerung der Vertretungen nach sich zieht, hat der Gesetzgeber eine Schranke eingefügt: Die Zahl der weiteren Sitze darf nämlich höchstens doppelt so groß sein wie die der Mehrsitze. Bei zwei Mehrsitzen dürfen also höchstens vier weitere Sitze verteilt werden. Ist der Mehrsitz dadurch nicht gedeckt, so bleibt er als Überhangmandat bestehen. Dieser Fall ist bisher noch nicht eingetreten.

Auch bei dieser Kommunalwahl ist es nur in den Kreisen zu Mehr- und weiteren Sitzen gekommen. Es sind allerdings weniger als 1982. Während 1982 noch 21 zusätzliche Vertreter in die Kreistage zogen, sind es dieses Mal sieben. Davon entfallen vier auf Mehrsitze und drei auf weitere Sitze. Die CDU errang in Segeberg einen Mehrsitz, der aber zu keinen weiteren Sitzen für die anderen Parteien führte, weil dieser durch den verhältnismäßigen Sitzanteil gedeckt war. In Stormarn erhielt die CDU drei Mehrsitze und SPD, GRÜNE und F.D.P. jeweils einen weiteren Sitz.

Neben den drei im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD und SSW konnten noch die GRÜNEN, die F.D.P. und die Wählergruppen Unabhängige Lübecker Bürger sowie Unabhängige Wählergemeinschaft Dithmarschen Sitze erringen. Die DKP und die ÖDP kamen ebensowenig zum Zuge wie die anderen Wählergruppen und der Einzelbewerber.

Die CDU hat in den neuen Kreistagen und Vertretungen der kreisfreien Städte 324 Sitze. Das sind 46 % aller Sitze. Vor vier Jahren sind es noch fast 53 % gewesen. Sie verschlechterte sich um 51 Sitze. Die CDU stellt zwar weiterhin in allen Kreisen die stärkste Fraktion, sie verfügt aber nur noch in Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Steinburg über die absolute Mehrheit. In Segeberg errang sie die Hälfte der Sitze. Bei den letzten beiden Kreistagswahlen hatte die CDU in allen Kreisen die absolute Mehrheit der Sitze errungen. Während in den Kreistagen die Mehrheitsverhältnisse seltener wechseln, kommt dies in den Vertretungen der kreisfreien Städte häufiger vor. Nachdem die CDU 1982 in allen vier kreisfreien Städten vorne gelegen hatte, mußte sie 1986 der SPD überall den 1. Platz überlassen. Sie ver-

lor die absolute Mehrheit in Lübeck und Neumünster und die relative in Flensburg und Kiel.

Die SPD verbesserte sich um 40 auf 295 Sitze. Sie stellt damit 42 % aller Sitze, gegenüber 36 % vor vier Jahren. In den kreisfreien Städten sind es knapp 47 % (1982: 41 %) und in den Kreisen 41 % (1982: 34 %). Bis auf Lübeck, wo sie die gleiche Anzahl wie 1982 erhielt, konnte die SPD in allen kreisfreien Städten und Kreisen Sitze hinzugewinnen. Sie wurde dadurch in allen kreisfreien Städten stärkste Partei und errang in Kiel und Neumünster die absolute Mehrheit. Die SPD hat damit den 1982 verlorenen Boden nicht nur wieder gutgemacht, sondern sich gegenüber 1978 sogar verbessert. In allen Kreisen hat sich auch in der Sitzverteilung der Rückstand zur CDU verringert.

Die GRÜNEN, die erstmals landesweit bei Kommunalwahlen kandidierten, sind, bis auf Dithmarschen, in alle Vertretungen der kreisfreien Städte und Kreise eingezogen. Sie erzielten insgesamt 45 Sitze und überflügeln damit deutlich die F.D.P., die nur auf 11 Sitze kam. Die F.D.P. ist nur noch in den Kreistagen von Hzgt. Lauenburg, Nordfriesland, Segeberg und Stor-

Sitzverteilung

KREISFREIE STADT Kreis	Sitze ins- gesamt	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	SSW	Wähler gruppen ¹
FLensburg	43	15	16	3	—	9	—
KIEL	49	19	26	4	—	—	—
LÜBECK	49	20	22	4	—	—	3
NEUMÜNSTER	43	18	22	3	—	—	—
Kreisfreie Städte zusammen	184	72	86	14	—	9	3
Dithmarschen	45	22	18	—	—	—	5
Hzgt. Lauenburg	45	21	18	3	3	—	—
Nordfriesland	45	20	18	3	2	2	—
Ostholstein	45	23	20	2	—	—	—
Pinneberg	49	24	21	4	—	—	—
Plön	45	22	20	3	—	—	—
Rendsburg-Eckernförde	49	25	21	3	—	—	—
Schleswig-Flensburg	45	23	16	2	—	4	—
Segeberg	50 ^b	25 ^b	18	4	3	—	—
Steinburg	45	23	20	2	—	—	—
Stormarn	51 ^{a c}	24 ^a	19 ^d	5 ^d	3 ^d	—	—
Kreise zusammen	514	252	209	31	11	6	5
Schleswig-Holstein	698	324	295	45	11	15	8

¹ Lübeck: Unabhängige Lübecker Bürger; Dithmarschen: Unabhängige Wählergemeinschaft Dithmarschen

^a 3 Mehrsitze ^b 1 Mehrsitz ^c 3 weitere Sitze ^d 1 weiterer Sitz

marn vertreten und in keiner kreisfreien Stadt. Vor vier Jahren verfehlte sie nur in Flensburg und Neumünster das Ziel. Die F.D.P. verlor insgesamt 27 Sitze.

Der SSW kam auf 15 Sitze. In Nordfriesland und Schleswig-Flensburg konnte er seine Stellung halten, und in Flensburg verlor er zwei Sitze. Die Wählergruppen schnitten nicht mehr so günstig ab wie 1982. Während sie damals 15 Sitze errangen, sind es dieses Mal acht. Die Wählergruppe Unabhängige Lübecker Bürger erhielt drei Sitze und die Unabhängige Wählergemeinschaft Dithmarschen fünf.

Es gibt deutlich mehr Frauen in den Kreistagen und Vertretungen der kreisfreien Städte als vier Jahre zuvor, obwohl es immer noch relativ wenige sind. Die Frauen besetzen 127 der 698 Sitze und damit beinahe jeden fünften. Bei der letzten Kommunalwahl sind es

89 Sitze gewesen oder jeder achte. In den Kreistagen sind 17,5 % der Vertreter Frauen und in den Vertretungen der kreisfreien Städte 20 %. Die CDU entsendet 36 Frauen (1982: 36), die SPD 71 (1982: 42), die GRÜNEN 13, der SSW eine und die F.D.P. und die Wählergruppen jeweils drei. Gemessen an der Gesamtzahl sind es bei der CDU 11 %, bei der SPD 24 % und bei den GRÜNEN 29 %. Vier Zehntel aller Vertreterinnen sind direkt gewählt worden. Bei der CDU sind es sogar sechs Zehntel, während es bei der SPD reichlich vier Zehntel sind.

Walter Dahms

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht B VII 3 - 5/86. Vergleiche auch: »Die Kreis- und Gemeindewahl am 7. März 1982 (Teil 1: Kreisergebnisse)« in Heft 5/1982 dieser Zeitschrift, S. 102.

Kurzberichte

Bruttoinlandsprodukt 1985

Das wirtschaftliche Wachstum war 1985 in Schleswig-Holstein verhalten. Das reale, also in Preisen von 1980 gemessene Bruttoinlandsprodukt nahm gegenüber 1984 nur geringfügig zu. In einer ersten vorläufigen Berechnung hatte sich eine Steigerungsrate von 0,2 % ergeben. In Heft 4 dieser Zeitschrift wurde darüber berichtet. Inzwischen liegt eine weitere Schätzung vor, in die alle 12 Monate des abgelaufenen Jahres eingegangen sind. Aus den aktuelleren Daten ergibt sich nunmehr ein Wert von 0,3 %, der aber ebenfalls noch vorläufig ist. Auch die entsprechende Vergleichszahl des Bundes hat sich um eine Stelle nach dem Komma geändert: sein reales Bruttoinlandsprodukt ist nach neuerer Berechnung nur noch um 2,5 % gestiegen.

An der Tatsache, daß für das deutlich unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein die Entwicklung in der von den Brüsseler Beschlüssen betroffenen Landwirtschaft und im Ernährungsgewerbe, in der Bauwirtschaft und im Bereich Steine/Erden sowie im Schiffbau ursächlich ist, hat sich nichts geändert. Außerdem bleibt zu beachten, daß der Vergleichswert für 1984 in Schleswig-Holstein durch Sonderent-

wicklungen im Energiebereich besonders hoch lag. Nach der neueren Berechnung ist es nun aber möglich, auch die Ergebnisse einzelner Bereiche konkreter zu quantifizieren.

Danach war die reale Bruttowertschöpfung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei 1985 gegenüber dem Vorjahr um 4 % geringer. Der nominale Rückgang war mit 12 % noch größer; darin spiegelt sich insbesondere die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte deutlich wider.

Das warenproduzierende Gewerbe, bestehend aus Energie, Bergbau, verarbeitendem Gewerbe und Bauwesen, schnitt im Vergleich mit den übrigen Bereichen, insbesondere aber im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt, ungünstig ab. Die Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein war 1985 in jeweiligen Preisen um 1 % höher und preisbereinigt um 2 % geringer als 1984. Hier wird der Vergleich zum Vorjahr durch die erwähnte Sonderentwicklung im Energiebereich beeinflusst. Im Bundesgebiet gab es im warenproduzierenden Gewerbe eine Steigerung von nominal 6 % und real 3 %. Dieser hohe Abstand in den Veränderungsraten

prägt wegen des großen Gewichts dieses Bereiches auch die Kluft zwischen den Zuwachsraten des gesamten Bruttoinlandsprodukts von Bund und Land.

Auch der Bereich Handel und Verkehr schnitt in Schleswig-Holstein etwas ungünstiger ab als im Bundesgebiet. Seine Bruttowertschöpfung war im Land real um 2 % größer als 1984, im Bund waren es 2 bis 3 %. Die übrigen Bereiche Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck sind konjunkturellen Schwankungen nur in geringerem Maße unterworfen.

Die Bruttowertschöpfung dieser Bereiche zusammen nahm 1985 real in Schleswig-Holstein um 2 % und im Bundesgebiet um 3 % zu. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1985 betrug 63,5 Mrd. DM, in Preisen von 1980 waren das 55,1 Mrd. DM.

Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts beruht auf einem zwischen Bund und Ländern abgestimmten Verfahren. Eine Besonderheit dabei ist, daß sich einmal errechnete Werte im Zeitablauf wieder ändern können, weil die in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingehenden Statistiken unterschiedlich früh anfallen, einem späteren Berechnungsstand also ein verbesserter Informationsstand zugrunde liegt.

Weil das Statistische Bundesamt mit der zweiten Berechnung für 1985 auch den immer noch vorläufigen Wert für 1984 in einigen Bereichen geändert hat, mußten für dieses Jahr auch die Länderergebnisse überarbeitet werden. Für Schleswig-Holstein ergibt sich nunmehr eine reale Wachstumsrate für 1984 von 3,6 % (Bund jetzt 2,8 %).

Für den Statistikbenutzer ist es sicherlich nicht unproblematisch, daß sich die einmal errechneten Zahlenwerte später noch ändern können. Originär berechnete Werte können aber immer erst nach einigen Jahren vorgelegt werden. Zwischendurch hilft man sich mit geschätzten, vorläufigen Werten, wobei mit wachsendem Zeitabstand auch immer bessere Informationen zur Verfügung stehen. Das Statistische Bundesamt berechnet halbjährlich neu, die Statistischen Landesämter in der Regel nur jährlich. Im Revisionsrhythmus und im Änderungsinhalt müssen die Länder mit dem Bund Schritt halten, dieser wiederum mit internationalen Erfordernissen. Der Bundeswert ist stets Abstimm- und Koordinierungsmaßstab für die Länder. Daß man überhaupt vorläufige Berechnungen durchführt, liegt am hohen Interesse an diesen Daten. Im Zielkonflikt zwischen Exaktheit und Aktualität entschied man sich hier zu einer für die amtliche Statistik ungewöhnlich deutlichen

Priorität für die Aktualität. Damit besteht die Gefahr, daß den vorläufigen Veränderungsdaten der sog. „Schnellrechnung“ für die Länder in der wirtschafts- und konjunkturellen Diskussion fälschlich eine ähnlich hohe Genauigkeit beigemessen wird wie anderen statistischen Kennziffern. Dies gilt es immer zu bedenken, weil die Diskussion über das kurzfristige Wachstum oftmals längst beendet ist, wenn wesentlich stärker abgesicherte Zahlen vorliegen.

Bernd Struck

Hochschulprüfungen, Habilitationen

Im Wintersemester 1984/85 stellten sich 1 891 Studierende einer akademischen, einer staatlichen oder einer kirchlichen Abschlußprüfung. Sie wurde von 1 775 Teilnehmern auch bestanden. Die Erfolgsquote lag wie im Durchschnitt der letzten Jahre bei 94 %. Die Teilnehmerzahl war um 1 % höher als im WS 1983/84. Bei den weiblichen Kandidaten ergab sich dagegen ein Rückgang um 11 %; stellten sich im WS 1983/84 noch 744 Studentinnen einer Abschlußprüfung, so waren es im WS 1984/85 nur noch 665, darunter 622 erfolgreiche Absolventinnen.

Nach Prüfungsarten ergab sich folgende Entwicklung: 493 Prüfungskandidaten, 2 % weniger als im Vorjahr, bestanden die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule (einschließlich Verwaltungsfachhochschule). Bei den Lehramtsprüfungen ergab sich insgesamt ein Rückgang um 1 %. Von den 367 erfolgreichen Lehramtskandidaten qualifizierten sich für die Laufbahn an Grund- und Hauptschulen 135 (+ 4 %), für die an Realschulen 115 (+ 10 %), für die an Gymnasien 90 (- 13 %), für die an Sonderschulen 22 (- 29 %) und als Diplom-Handelslehrer fünf. 358 Studierende (+ 7 %) bestanden ein Staatsexamen in den Fächern Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie oder Rechtswissenschaften, 250 (+ 3 %) erfüllten die Anforderungen einer Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule. 199 Akademikern (- 1 %) wurde die Doktorwürde verliehen.

Die stärkste Zuwachsrate ergab sich bei der kirchlichen Abschlußprüfung, die von 61 (+ 97 %) Kandidaten bestanden wurde. Außerdem bestanden 27 (- 27 %) Studierende eine Musikprüfung und 20 (+ 25 %) eine Magisterprüfung.

Von den erfolgreichen Kandidaten haben 945 (53 %) eine der beiden Universitäten des Landes als zuletzt besuchte Hochschule angegeben, 493 (28 %) nannten eine Fachhochschule, 255 (14 %) eine pädagogische Hochschule und 27 (2 %) die Musikhochschule Lübeck. Bei 55 Absolventen konnte keine Auswertung nach der zuletzt besuchten Hochschule erfolgen, weil diese Kandidaten an einer Hochschule außerhalb des Landes studiert oder den Namen der Hochschule nicht angegeben hatten.

Bestandene Abschlußprüfungen im WS 1984/85

Fächergruppe des ersten Studienfachs	Ins- gesamt	Darunter von Studierenden	
		an einer wissen- schaftlichen Hochschule	an einer Fach- hochschule
Theologie	88	50	—
Medizin	347	346	—
Rechtswissenschaften	131	126	—
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	202	65	137
Philosophie/Geistes- wissenschaften	275	269	—
Mathematik/Natur- wissenschaften	227	223	—
Agrarwissenschaften	135	114	20
Ingenieurwissenschaften	320	—	320
Kunst/Kunstwissenschaften	50	7	16
Insgesamt	1 775	1 200	493

Bei den Abschlüssen in der Fächergruppe Medizin ist zu berücksichtigen, daß Medizinstudenten in der Regel zwei Prüfungen ablegen. Im WS 1984/85 gab es neben 213 Staatsexamina auch 134 Promotionen.

Das weibliche Geschlecht war, wie in den Vorjahren bzw. -semestern auch, am stärksten bei den Lehramtsprüfungen vertreten: Von den 622 erfolgreichen Hochschulabsolventinnen bestanden 239 eine Lehramtsprüfung, 115 ein Staatsexamen in den übrigen Studienfächern, 104 die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule und 76 die Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule. 40 weiblichen Akademikerinnen wurde die Doktorwürde verliehen, 20 Frauen bestanden eine kirchliche Abschlußprüfung, 17 eine Musikprüfung und 11 eine Magisterprüfung.

Auch der Frauenanteil (Anteil der erfolgreichen weiblichen Absolventen an allen erfolgreichen Absolventen)

war bei den Lehramtsprüfungen am größten: bei der Laufbahn für das Lehramt an Sonderschulen betrug er 86 %, bei den Grund- und Hauptschulen 76 %, bei den Realschulen 66 %, bei den Diplom-Handelslehrern 60 % und bei den ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien 43 %. Insgesamt betrug der Frauenanteil bei den Lehramtsprüfungen 65 %. Bei den Musik- und Magisterprüfungen waren mit 63 % bzw. 55 % ebenfalls hohe Frauenanteile zu verzeichnen, dagegen waren nur 20 % der Doktoren und 23 % der Fachhochschulabsolventen (ohne Verwaltungsfachhochschule) weiblichen Geschlechts. Bei den Universitätsdiplomen, kirchlichen Abschlußprüfungen und Staatsexamina (ohne Lehramtsexamen) lagen die Frauenanteile jeweils knapp unter dem Durchschnittswert von 35 %.

In den einzelnen Fächergruppen waren die weiblichen Absolventen ebenfalls unterschiedlich stark vertreten. Überdurchschnittlich hohe Frauenanteile waren in den Fächergruppen Philosophie/Geisteswissenschaften (61 %), Kunst/Kunstwissenschaften (60 %), Theologie (44 %), Agrarwissenschaften (43 %) und Mathematik/Naturwissenschaften (38 %) anzutreffen. In der Fächergruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entsprach der Frauenanteil dem Durchschnittswert von 35 %, in den Fächergruppen Medizin (29 %), Rechtswissenschaften (23 %) und Ingenieurwissenschaften (13 %) lag er darunter.

Über eine besondere Form der Hochschulprüfung, die Habilitationen, wird eine eigene Statistik geführt, deren Berichtszeitraum das Kalenderjahr ist. Im Jahre 1984 wurden an den Hochschulen in Schleswig-Holstein 30 Habilitationsverfahren abgeschlossen, davon 25 an der Universität Kiel und 5 an der Medizinischen Universität Lübeck. Das Durchschnittsalter der Habilitierten betrug 41 Jahre. Unter ihnen befand sich keine Frau.

Jeweils 11 Habilitierte erhielten die Lehrbefugnis für ein Fachgebiet der Humanmedizin bzw. der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften. Viermal wurde die „venia legendi“ für die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften, zweimal für Fächer der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften und je einmal für die Fachgebiete Rechtswissenschaften und Kunst vergeben.

1985 dagegen wurden im Hochschulbereich Schleswig-Holsteins nur 19 Habilitationsverfahren durchgeführt, davon 2 an der Medizinischen Universität zu Lübeck und 17 an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Wie im Vorjahr war keine Frau beteiligt. Das Durch-

schnittsalter der Habilitierten lag 1985 bei 40 Jahren. 2 der 19 Personen, denen eine Lehrbefugnis erteilt wurde, hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft.

In 13 Fällen wurde die Fähigkeit zur selbständigen Forschung und Lehre für das Fachgebiet der Medizin bzw. der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften zuerkannt. Einmal erfolgte die Vergabe der Lehrbefugnis im Fachgebiet Agrarwissenschaften, zweimal in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, und dreimal wurde die Habilitation in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften zuerkannt.

Leonhard Gawlik

Weitere Angaben in den Stat. Berichten B III 3.

Lehrernachwuchs an den Seminaren

Die Lehramtsanwärter, die bereits ihr Erstes Staatsexamen an einer Hochschule bestanden haben, werden zur Berufseinführung für die verschiedenen Lehrämter an den Seminaren des Landesinstituts für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) pädagogisch ausgebildet. Am Ende dieser Ausbildung — in der Regel nach drei bis vier Halbjahren — legen die zukünftigen Lehrer ihr Zweites Staatsexamen ab.

Am 31. 1. 1985 bereiteten sich 1 881 Lehramtsanwärter auf die Zweite Staatsprüfung vor, darunter 1 260 oder zwei Drittel Frauen. Die Zahl der Frauen, die den Lehrerberuf anstreben, scheint jetzt zu stagnieren. Gegenüber dem Vorjahr ist sie nur noch leicht um 1 % gestiegen, während sich die Anzahl der männlichen Seminar Teilnehmer deutlich um 14 % verringert hat.

Die Gesamtzahl der zukünftigen Pädagogen am IPTS ist 1985 um 5 % gesunken, so daß die sinkende Tendenz der Studentenzahlen an den pädagogischen Hochschulen sich jetzt auch im zweiten Ausbildungsabschnitt der Lehrer an den Seminaren abzuzeichnen beginnt.

Auch 1985 überwogen — außer an berufsbildenden Schulen — in sämtlichen Seminaren die weiblichen Studenten. Am Seminar für berufsbildende Schulen standen 56 % Männern immerhin schon 44 % Frauen gegenüber; 1983 überwogen die Männer mit noch fast 70 %.

Bei den jungen Lehrern war wie im Vorjahr am beliebtesten das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, auf das sich 598 Seminarteilnehmer vorbereiteten (32 %). Die Laufbahn der Studienräte an Gymnasien strebten 474 (25 %) Kandidaten an, 459 (24 %) Seminarteilnehmer wollten sich für den Beruf des Realschullehrers ausbilden lassen. Die Lehrbefähigung an einer berufsbildenden Schule wollten 181 (10 %) und die an einer Sonderschule 169 (9 %) der Teilnehmer erlangen.

Lehrernachwuchs in den einzelnen Ausbildungsjahren im Januar 1985

Laufbahn	Ausbildungsjahr		Insgesamt
	1.	2. und höheres	
Gymnasien	209	265	474
Realschulen	254	205	459
Grund- und Hauptschulen	295	303	598
Sonderschulen	91	78	169
Berufsbildende Schulen	115	66	181
Insgesamt	964	917	1 881
darunter weiblich	670	590	1 260

Leonhard Gawlik

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

38. Jahrgang . Heft 5 . Mai 1986

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1984	1985	1985			1985/86			
				Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 614	2 614	2 613	2 614
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 254	437	644	1 067	1 182	560	699	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	2,0	3,2	4,8	5,3	2,5	3,5	...
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	1 886	1 745	1 918	1 881	1 887	1 821	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	8,5	8,7	8,6	8,5	8,5	9,1	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 846	2 783	2 859	2 719	2 547	2 519	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	12,8	13,9	12,9	12,2	11,5	12,6	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	10	14	16	23	10	14	...
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	5,3	8,0	8,3	12,2	5,3	7,7	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 652	- 686	- 960	- 1 038	- 941	- 838	- 660	- 698	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 4,3	- 5,2	- 4,2	- 3,8	- 3,0	- 3,5	...
WÄNDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	6 056	4 239	4 709	4 426
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	4 582	3 677	4 502	4 370
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 418	+ 715	+ 1 474	+ 562	+ 207	+ 56
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	10 731	8 843	9 293	9 151
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	21 369	16 759	18 504	17 947
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	109	118	132	134	127	125	137	137	129
darunter *Männer	1 000	64	69	81	83	78	72	82	83	78
Kurzarbeiter	1 000	13,7	11,8	24,3	25,3	22,1	11,6	17,0	17,5	17,8
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	21,6	22,4	20,1	10,3	15,4	16,1	16,6
Offene Stellen	1 000	2,7	2,9	2,2	3,2	3,8	2,4	2,9	3,8	4,7
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a	.	.	.	1 592	.	.	.
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a	.	.	.	526	.	.	.
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	.	.	.	1 743	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	.	.	.	193	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	.	.	.	129	.	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	45	33	37	42	45	38	37
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	240	232	252	212	232	224	240	208	200
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	5	3	3	5	5	3	3
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEMERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾ (ohne Geflügel)										
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	31,7	31,8	32,8	26,3	29,2	29,8	32,0	27,6	26,9
*Kälber	1 000 t	12,4	12,7	12,2	8,9	10,0	11,8	12,4	10,6	10,5
*Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	1 000 t	19,1	18,7	20,3	17,0	18,7	17,8	19,3	16,8	16,2
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	275	278	277	283	283	285	287
Kälber	kg	108	115	110	102	112	112	114	110	115
Schweine	kg	81	82	82	82	82	81	82	82	82
GEFLOGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151	186	171	171	87	128	128	202
*für Legehennenküken für Masthühnerküken	1 000	850	2	-	-	-	-	-	-	-
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274	935	753	717	184	119	101	124
*MILCHERZEUGUNG										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	223	217	209	197	238	205	p 209	p 191	p 232
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	12,6	13,1	14,4	12,4	p 12,8	p 13,0	p 14,3

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	100,2	94,2	108,2	r 135,9	r 101,7	95,0	...
*GASTGEBERUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	106,5	107,4	68,6	70,3	84,2	r 93,7	r 72,5	69,1	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	236	245	77	94	151	102	p 83	p 102	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	7	10	14	15	p 9	p 15	...
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	307	357	629	391	p 335	p 381	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	14	18	26	29	p 16	p 25	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	...	1 052	1 095	1 322
Güterversand	1 000 t	669	...	707	718	818
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	140	128	99	90	133	155	175	115	...
*Güterversand	1 000 t	153	142	104	87	135	137	118	117	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 855	8 604	6 477	7 289	11 004	6 912	8 738
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	342	261	28	117	707	14	37
*Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	7 894	7 732	5 989	6 690	9 592	6 411	8 196
	Anzahl	384	351	294	275	398	273	315
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	761	919	1 036	1 160	1 001	p 812	p 1 048
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	21	26	21	32	29	p 21	p 34
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 725	971	1 170	1 344	1 469	1 342	p 1 039	p 1 364

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985				1985/86		
				Monats- durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	164	164	164	166	165	165	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	113	113	113	114	113	113	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	15 796	15 700	16 223	14 668	15 637	15 539	15 278
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	292,2	271,1	280,1	332,6	306,7	281,5	291,0
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	197,1	192,0	198,7	235,8	211,0	205,2	211,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 520	1 618	1 742	1 782	1 590	1 594	1 711
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	986	1 140	1 183	1 156	1 052	1 061	1 166
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	534	478	559	626	538	533	545
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	2 781	2 710	3 063	3 156	2 960	2 712	2 833
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 192	2 047	2 465	2 475	2 269	2 136	2 189
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	589	663	598	682	690	577	644
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72
*leichtes Heizöl	1 000 t	9	8
*schweres Heizöl	1 000 t	70	63
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	235	236	246	239	235	235	236
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	26	22	24	32	26	23	24
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	103,6	104,7	89,5	98,6	107,8	111,8

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985				1985/86		
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan. ^a	Febr. ^a
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN ²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	68 029	68 232	68 676	70 876	71 492	71 822	72 547
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	66 283	66 485	66 939	69 135	69 823	70 181	70 967
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	9 729	9 812	10 063	9 817	9 963	9 905	10 439
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	9 322	9 488	9 862	9 594	9 752	9 728	10 216
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	407	324	201	223	211	177	222
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 584	6 471	6 433	6 082	6 066	6 012	5 871
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	5 035	4 969	4 951	4 587	4 632	4 596	4 506
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 550	1 502	1 481	1 495	1 434	1 416	1 364
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	49 970	50 202	50 444	53 236	53 794	54 264	54 657
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	37 561	37 775	37 955	39 954	40 799	40 849	41 025
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	12 410	12 427	12 489	13 282	12 995	13 415	13 633
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	42 437	42 666	42 533	45 182	46 711	47 140	46 857
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	26 211	26 372	26 260	28 203	29 040	29 380	29 055
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	19 987	20 082	19 941	21 686	22 573	22 671	22 435
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 224	6 290	6 318	6 518	6 466	6 709	6 620
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 225	16 294	16 274	16 978	17 672	17 760	17 802
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 216	12 269	12 283	12 894	12 992	13 073	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	1 460	992	1 034	1 699	1 622	1 117	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	1 466	935	1 054	967	1 693	1 029	...
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	62	70	52	84	82	66	86
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	.	1	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	491	321	350	298
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	4,1	2,7	2,6	2,2

STEUERN

STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART		Vierteljahres- durchschnitt		1.Vj.85		4.Vj.85		1.Vj.86		
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	.	.	2 421,8	2 757,3	.	2 519,6	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	.	.	1 669,2	2 101,3	.	1 698,0	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	.	.	1 219,2	1 561,0	.	1 200,7	
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	.	.	242,7	310,8	.	242,1	
*Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	.	.	20,2	23,2	.	35,4	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	.	.	187,1	216,4	.	219,8	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	.	.	752,6	655,9	.	821,5	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	.	.	476,4	340,8	.	528,7	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	.	.	276,2	315,1	.	292,8	
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	.	.	132,9	153,7	.	147,6	
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	.	0,1	0,0	.	- 0,7	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	.	.	106,3	146,6	.	119,8	
*Landessteuern	Mill. DM	164,7	165,9	.	.	175,2	156,8	.	189,5	
*Vermögenssteuer	Mill. DM	27,6	26,3	.	.	27,7	29,1	.	25,5	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	.	.	82,5	62,8	.	94,0	
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	.	.	5,0	6,7	.	3,4	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	.	.	263,1	269,8	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	.	.	7,6	7,5	
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	.	.	62,8	53,3	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	.	.	184,9	198,7	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	.	.	1 261,3	1 424,4	.	1 316,1	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	.	.	634,6	808,4	.	634,2	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	.	.	492,9	429,6	.	534,0	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	.	0,9	32,7	.	0,4	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 438,8	.	.	1 413,5	1 661,6	.	1 554,1	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	.	.	790,0	990,0	.	821,0	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	.	.	447,4	482,1	.	543,2	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	.	0,9	32,7	.	0,4	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	.	.	258,2	733,0	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	.	.	183,1	133,3	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	.	.	- 3,1	528,6	

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985				1985/86			
			Monats- durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	122,8	124,6	127,0	129,5	130,4	117,4	114,8	111,0
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	118,6	119,2	119,7	118,4	118,5	118,0
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	123,9	125,4	125,8	116,9	115,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	119,2	121,8	121,2	121,6	121,8	121,5	121,2	120,6
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	106,9	103,1	104,7	104,1	104,3	103,5	p 101,5	p 101,2
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	.	114,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	116,1	115,2	115,4	116,1	116,9	114,1	113,4	p 112,4
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	116,6	117,1	117,6	117,8	117,9	117,8	117,6	117,6
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	118,4	121,0	120,0	120,5	120,9	121,4	121,6	121,3	121,0	121,0
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,0	116,9	116,1	117,0	117,4	116,4	117,1	117,7	117,7	117,7
Bekleidung, Schuhe	115,7	118,4	117,2	117,4	117,8	119,7	119,8	120,1	120,2	120,2
Wohnungsmieten	120,0	123,9	122,5	122,8	123,2	125,0	125,3	125,6	125,8	125,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	128,8	133,4	133,6	135,1	136,7	132,3	129,2	125,7	124,4	124,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,9	117,7	116,7	116,9	117,2	118,4	118,5	118,8	118,9	118,9

LÖHNE UND GEHALTER

- Effektivverdienste in DM -

ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU

Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	670	.	.	.	p 688	.	.	.
darunter *Facharbeiter	713	729	699	.	.	.	p 720	.	.	.
*weibliche Arbeiter	467	481	467	.	.	.	p 484	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	444	.	.	.	p 462	.	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	16,60	.	.	.	p 17,21	.	.	.
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	17,32	.	.	.	p 18,02	.	.	.
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	11,86	.	.	.	p 12,32	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	11,38	.	.	.	p 11,78	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	40,4	.	.	.	p 40,0	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	39,3	.	.	.	p 39,2	.	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	4 052	.	.	.	p 4 182	.	.	.
*weiblich	2 749	2 842	2 801	.	.	.	p 2 877	.	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	4 140	.	.	.	p 4 281	.	.	.
*weiblich	2 692	2 772	2 720	.	.	.	p 2 785	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	3 333	.	.	.	p 3 379	.	.	.
*weiblich	2 217	2 305	2 278	.	.	.	p 2 330	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	3 326	.	.	.	p 3 365	.	.	.
weiblich	(2 178)	(2 161)	(2 236)	.	.	.	p(2 157)	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	3 560	.	.	.	p 3 639	.	.	.
weiblich	2 363	2 456	2 425	.	.	.	p 2 485	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	4 073	.	.	.	p 4 216	.	.	.
weiblich	2 654	2 725	2 680	.	.	.	p 2 730	.	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken
 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer a) Siehe Fußnote 2

Segeberg	165	15 567	267	117 570	101 236
Steinburg	81	8 998	178	64 064	52 427
Stromarn	149	16 818	381	99 946	88 226
Schleswig-Holstein	1 535	165 211	2 833	1 256 551	1 075 480

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1985 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Rendsburg-Eckernförde	4 102	742	296	465	571	996	1 032	10 932	44
Schleswig-Flensburg	4 518	802	367	503	536	1 154	1 156	5 566	30
Segeberg	2 575	569	184	275	326	619	602	16 711	77
Steinburg	2 350	433	158	231	343	761	424	9 791	77
Stromarn	1 399	347	108	133	167	306	338	17 378	89
Schleswig-Holstein	30 789	6 349	2 425	3 299	3 907	7 486	7 323	176 976	68

1) Industriebetriebe jeder Größe sowie Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

a) einschließlich Lübeck
 b) einschließlich Kiel und Neumünster
 c) einschließlich Flensburg, Stadt

JAHRESZAHLEN A
Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung				Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾						
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000	in 1 000					

ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Nutzung der Bodenflächen 1985 (Stand 31. 12. 1984)

KREISFREIE STADT Kreis	Gesamtfläche	davon							
		Gebäude- und Freifläche	Betriebs- fläche	Erholungs- fläche	Verkehrs- fläche	Land- wirtschafts- fläche	Wald- fläche	Wasser- fläche	Flächen anderer Nutzung
FLensburg	5 635	1 422	197	301	735	1 567	327	808	278
KIEL	11 041	3 326	220	155	2 201	4 320	302	358	159
LOBECK	21 417	3 746	118	515	1 708	9 316	2 597	3 066	351

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Verarbeitendes Gewerbe 1985¹⁾

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebe ¹⁾	Beschäftigte			geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	
		insgesamt	davon			insgesamt	darunter Löhne	insgesamt	darunter Auslands- umsatz
			Ange- stellte ²⁾	Arbeiter					
FLensburg	69	8 764	2 384	6 380	10 280	202 198	114 566	2 055 669	703 042
KIEL	133	23 948	9 062	14 886	23 284	490 039	462 658	4 340 490	1 241 479
LOBECK	139	21 524	6 629	14 895	26 133	496 916	313 869	3 487 071	955 600
NEUMONSTER	72	9 823	2 429	7 394	11 955	249 847	116 069	1 332 846	411 404
Dithmarschen	75	6 511	1 780	4 731	8 287	174 717	100 793	4 001 702	893 695
Hzgt. Lauenburg	93	7 789	2 204	5 585	9 718	179 864	105 492	1 147 733	286 837
Nordfriesland	55	3 049	715	2 334	3 867	72 310	28 275	844 734	34 149
Ostholstein	80	5 872	2 031	3 841	6 671	106 857	87 465	1 247 930	258 052
Pinneberg	184	20 000	7 729	12 271	20 726	399 641	415 368	3 750 063	854 464
Plön	48	2 566	677	1 889	3 280	60 000	30 163	427 850	32 190
Rendsburg-Eckernförde	122	10 135	2 220	7 915	13 541	255 352	104 707	2 002 412	308 306
Schleswig-Flensburg	87	5 049	1 076	3 973	7 146	123 139	45 677	1 497 872	93 154
Segeberg	169	15 122	5 271	9 851	16 556	335 992	275 673	3 249 388	644 877
Steinburg	82	9 346	2 206	7 140	11 550	270 922	122 442	2 576 404	627 198
Stromarn	146	16 323	5 183	11 140	18 635	411 402	274 171	4 588 225	528 979
Schleswig-Holstein	1 554	165 821	51 596	114 225	191 629	3 829 196	2 597 388	36 550 394	7 873 426

Noch: Verarbeitendes Gewerbe 1985¹⁾

Fertiggestellte
Wohngebäude 1985

KREISFREIE STADT Kreis	Kohle- verbrauch in t SKE ³⁾	Heizölverbrauch			Gasverbrauch ⁴⁾ in 1 000 m ³	Stromverbrauch in 1 000 kWh	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen	
		insgesamt	darunter mittelschwer, schwer						insgesamt
			t	t					
FLensburg	-	21 724	17 995	-	126 107	98	90		
KIEL	-	14 985	1 059	10 631	175 696	362	294		
LOBECK	-	18 228	5 362	157 157	230 871	203	183		
NEUMONSTER	-	-	-	11 325	204 339	104	101		
Dithmarschen	-	167 608	159 431	-	500 705	305	287		
Hzgt. Lauenburg	-	-	-	4 372	77 068	349	319		
Nordfriesland	-	3 517	1 069	-	31 154	444	375		
Ostholstein	-	6 673	4 567	15 378	56 309	550	503		
Pinneberg	-	37 220	27 115	54 187	285 339	668	611		
Plön	-	-	-	4 044	40 879	239	231		
Rendsburg-Eckernförde	-	16 460	7 942	13 068	109 293	519	492		
Schleswig-Flensburg	-	33 813	30 057	8 567	112 636	390	372		
Segeberg	-	10 605	1 238	35 536	175 674	612	575		
Steinburg	-	-	-	37 140	572 090	241	232		
Stromarn	-	19 264	7 475	14 502	185 257	449	414		
Schleswig-Holstein	199 610	858 140	756 810	463 048	2 883 417	5 533	5 079		

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) einschließlich tätiger Inhaber 3) i t Steinkohle = 1 t SKE (29 308 MJ)
4) umgerechnet auf einen Heizwert von 35,169 MJ/m³

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohnungen 1985						Fertiggestellte Wohnräume 1) 1985 insgesamt mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen	Bauüberhang am 31. 12. 1985	
	insgesamt ¹⁾	darunter in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ²⁾	von den Wohnungen insgesamt hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen					im Bau ³⁾	noch nicht begonnen
			1 und 2	3	4	5 und mehr			
FLensburg	207	95	21	41	50	95	889	83	247
KIEL	1 092	315	119	288	350	335	4 305	743	370
LOBECK	431	197	12	75	123	221	2 010	416	246
NEUMONSTER	155	108	2	30	11	112	785	96	91
Dithmarschen	626	316	186	114	86	240	2 460	249	95
Hzgt. Lauenburg	660	374	52	101	122	385	3 104	417	291
Nordfriesland	1 141	472	554	146	121	320	3 676	475	618
Ostholstein	1 300	604	367	249	294	390	4 808	520	668
Pinneberg	1 325	710	146	249	328	602	5 621	716	926
Plön	392	271	36	47	65	244	1 898	287	288
Rendsburg-Eckernförde	882	569	82	138	161	501	4 091	491	365
Schleswig-Flensburg	603	423	78	41	162	322	2 778	290	222
Segeberg	1 381	638	257	197	257	670	5 776	751	652
Steinburg	375	270	23	18	98	236	1 857	182	114
Stormarn	904	497	159	161	164	420	3 831	491	589
Schleswig-Holstein	11 474	5 859	2 094	1 895	2 392	5 093	47 889	6 207	5 782

KREISFREIE STADT Kreis	Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1. 1. 1986					Straßenverkehrsunfälle 1985			
	insgesamt	davon				Unfälle mit Personenschaden	verunglückte Personen	darunter	
		Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen			Getötete	Schwerverletzte
	Länge in km (einschl. Ortsdurchfahrten)								
FLensburg	84,6	6,9	13,9	20,3	43,4	447	526	2	102
KIEL	148,3	9,0	48,2	19,5	71,7	1 590	1 950	18	398
LOBECK	170,5	11,9	43,8	15,3	99,5	1 411	1 672	18	384
NEUMONSTER	75,0	3,2	28,5	16,3	28,0	535	651	6	124
Dithmarschen	837,4	-	152,8	363,5	321,1	778	1 097	20	358
Hzgt. Lauenburg	775,2	33,4	157,9	279,4	304,4	864	1 125	18	323
Nordfriesland	1 336,9	-	167,8	624,7	544,5	1 006	1 377	34	412
Ostholstein	731,4	50,5	173,0	247,6	260,4	1 437	1 900	40	476
Pinneberg	368,5	31,4	57,9	184,5	94,7	1 476	1 791	19	405
Plön	515,9	6,6	139,5	163,9	205,9	764	1 058	24	258
Rendsburg-Eckernförde	1 208,2	72,1	273,4	366,1	496,5	1 645	2 189	39	554
Schleswig-Flensburg	1 344,2	46,7	213,9	504,4	579,3	962	1 316	42	380
Segeberg	887,4	37,3	202,1	258,8	389,3	1 468	1 939	40	368
Steinburg	669,4	14,0	142,5	264,6	248,3	761	1 016	23	256
Stormarn	633,9	58,7	112,5	200,0	262,7	1 126	1 484	34	331
Schleswig-Holstein	9 786,7	381,8	1 927,5	3 527,9	3 949,5	16 270	21 091	377	5 129

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) Errichtung neuer Gebäude

3) unter Dach und noch nicht unter Dach, einschließlich bezogener Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden, Errichtung neuer Gebäude

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1985			Arbeitsmarkt				*Viehbestände	
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 28.2.1986	Kurzarbeiter Monatsmitte Februar 1986	offene Stellen am 28.2.1986	Schweine insgesamt am 3.12.1985	Rindvieh am 3. 12. 1985	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
	in %			in 1 000					
Schleswig-Holstein	2 615,0	+ 4,8	+ 0,0	137	17,5	3,8	1 743	1 592	526
Hamburg	1 584,2	- 11,7	- 0,8	98	11,5	2,7	p 8	p 13	p 3
Niedersachsen	7 202,5	+ 1,7	- 0,2	389	37,5	19,2	p 7 553	p 3 381	p 1 124
Bremen	661,8	- 8,4	- 0,9	43	5,2	1,9	p 6	p 18	p 5
Nordrhein-Westfalen	16 682,1	- 1,4	- 0,4	780	60,3	27,5	p 6 391	p 2 075	p 624
Hessen	5 532,1	+ 2,8	- 0,1	180	26,9	13,3	p 1 270	p 866	p 275
Rheinland-Pfalz	3 618,5	- 0,7	- 0,1	147	19,1	6,3	p 665	p 632	p 220
Baden-Württemberg	9 264,0	+ 4,1	+ 0,3	231	52,8	26,3	p 2 375	p 1 769	p 641
Bayern	10 970,0	+ 4,7	+ 0,1	443	47,7	27,6	p 4 302	p 5 220	p 2 014
Saarland	1 047,4	- 6,5	- 0,4	57	8,5	1,9	p 44	p 71	p 23
Berlin (West)	1 857,2	- 12,5	+ 0,6	89	7,5	6,6	p 3	p 1	p 0
Bundesgebiet	61 034,6	+ 0,6	- 0,1	2 593	294,5	137,1	p 24 360	p 15 640	p 5 456

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Dezember 1985	
	Beschäftigte am 31. 1. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Januar 1986		Beschäftigte am 31. 12. 1985		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	165	2 958	23	40	15	635	2,4
Hamburg	139	6 651	11	22	14	727	4,6
Niedersachsen	635	12 328	34	109	15	899	1,2
Bremen	75	1 764	33	10	16	119	1,8
Nordrhein-Westfalen	1 950	34 990	29	229	14	3 844	2,3
Hessen	621	8 789	30	90	16	1 449	2,6
Rheinland-Pfalz	364	6 575	37	62	17	964	2,7
Baden-Württemberg	1 406	20 365	32	177	19	3 106	3,4
Bayern	1 319	18 412	33	226	21	3 731	3,4
Saarland	139	2 238	33	16	15	116	1,1
Berlin (West)	164	3 957	15	32	17	845	4,5
Bundesgebiet	6 977	119 029	30	1 013	17	16 435	2,7

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Januar 1986				Bestand an Spar- einlagen 5) am 31. 1. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1985		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in je- weiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Gewerbes 6) in %	je Erwerbs- tätigen in Preisen von 1980 Bund=100
					in 4. Vierteljahr 1985						
	in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	1 001	29	1 342	137	6 758	614	553	...	64	39,3	93
Hamburg	534	12	669	128	10 001	972	4 735	...	84	28,5	140
Niedersachsen	2 564	84	3 400	136	8 542	609	607	...	180	44,7	92
Bremen	202	4	232	117	9 456	751	1 471	...	26	37,6	113
Nordrhein-Westfalen	5 931	145	7 454	128	9 294	679	1 133	...	492	45,7	103
Hessen	1 949	45	2 646	138	10 367	762	1 002	...	181	37,3	105
Rheinland-Pfalz	1 231	37	1 628	135	9 877	531	710	...	96	47,8	95
Baden-Württemberg	2 996	100	4 103	140	10 778	768	1 017	...	287	51,2	96
Bayern	3 637	114	5 090	143	11 032	678	805	...	323	44,4	94
Saarland	373	9	499	136	8 995	603	586	...	28	47,4	92
Berlin (West)	611	11	734	122	3 537	563	2 551	...	70	43,6	110
Bundesgebiet	21 029	590	27 797	135	9 761	693	1 065	...	1 830	44,4	100

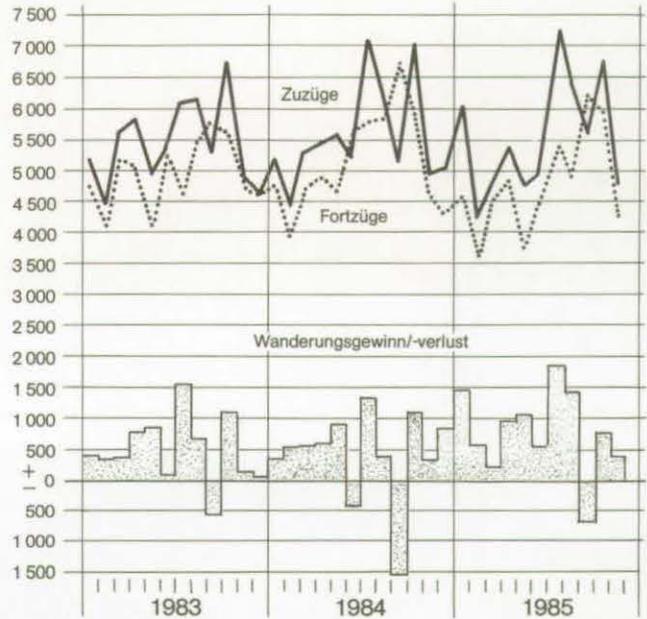
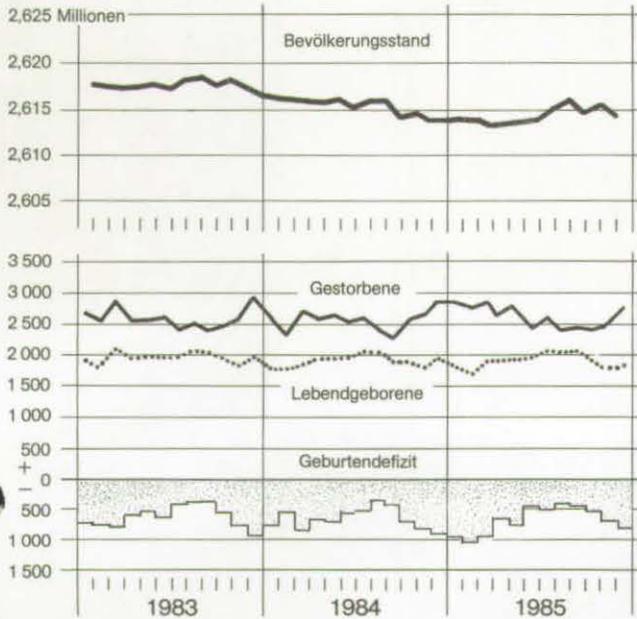
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 5) ohne Postspareinlagen 6) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei an der Bruttowertschöpfung der Bereiche

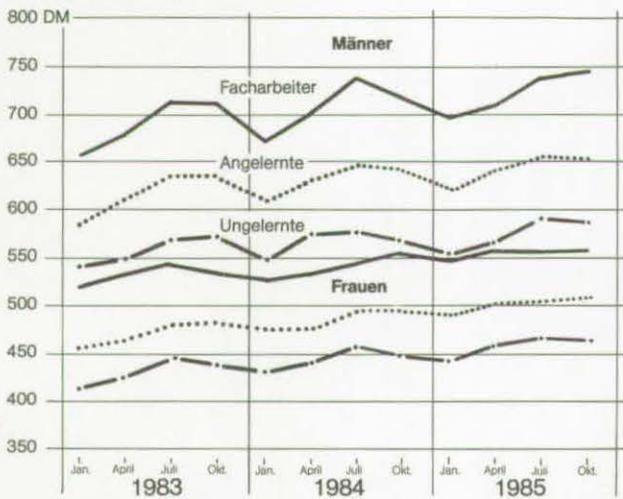
Entwicklung im Bild · A

Teil A erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil B: Umsatz und Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ferner geleistete Arbeitsstunden und tätige Personen im Bauhauptgewerbe sowie Baugenehmigungen

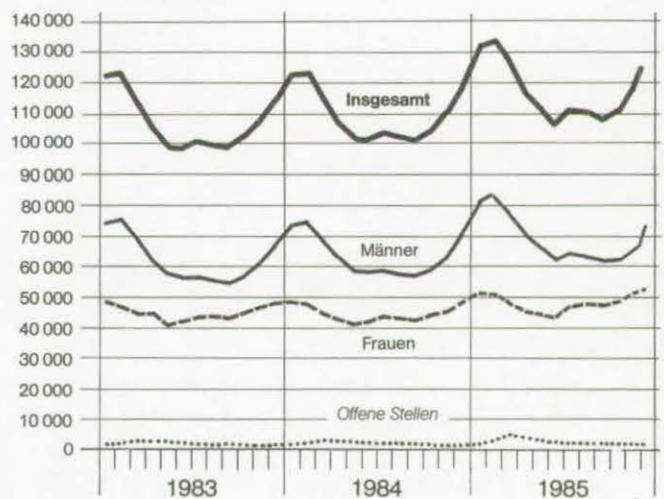
Bevölkerungsstand und -veränderung



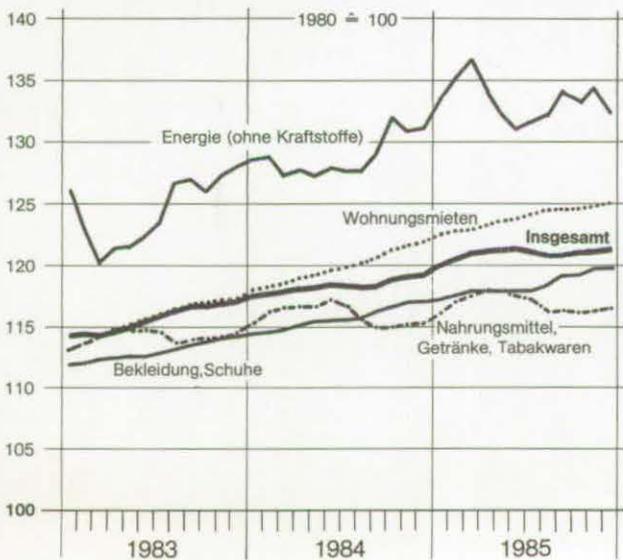
Bruttowochenverdienste



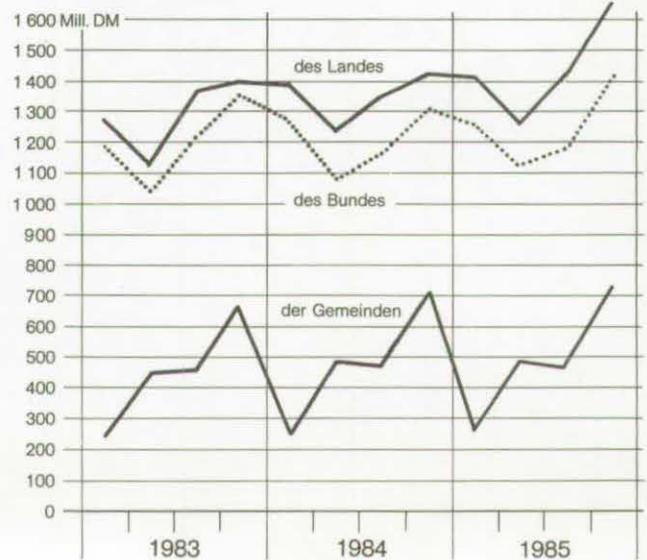
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1
Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -